

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki, Finnland, vom 28. bis 30. August 2011

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt den von der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC) in Helsinki am 30. August 2011 verabschiedeten Beschlüssen (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen der 20. BSPC sowie dem Ostseeaktionsplan der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (HELCOM) und seiner Umsetzung weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Beschlüsse zu empfehlen.
3. Der Landtag begrüßt,
 - a) dass wesentliche unter seinem Vorsitz erarbeitete Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik in Bezug auf die Themenfelder „Reduzierung von Schiffsemissionen und Wettbewerbsfähigkeit“, „maritimer Transport“, „Hafeninfrastruktur“, „maritime Sicherheit“ und „maritime Raumplanung“ von der 20. BSPC aufgegriffen worden sind und ihren Niederschlag in der Resolution gefunden haben;
 - b) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement bei der Wahrnehmung des Beobachterstatus der BSPC bei HELCOM fortzusetzen;

- c) dass der Ständige Ausschuss der BSPC den Landtag Mecklenburg-Vorpommern gebeten hat, sein Engagement im Rahmen maritimer Politiken in der Ostseeregion fortzusetzen und den Abgeordneten Jochen Schulte mit seiner Ernennung zum Berichterstatter der BSPC für Maritime Politik beauftragt hat, die Entwicklung in diesem Politikfeld und die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik weiter zu verfolgen und der Konferenz darüber zu berichten sowie Kontakte mit den entsprechenden Arbeits- und Expertengruppen des Ostseerates (CBSS) und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) zu pflegen;
- d) die Entscheidung der 20. BSPC, eine neue Arbeitsgruppe der BSPC „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ einzurichten, die in den kommenden zwei Jahren politische Handlungsempfehlungen in diesem Politikfeld erarbeiten und der 22. BSPC ihren Abschlussbericht vorlegen soll.

Der Landtag wird die damit verbundenen Aufgaben aktiv wahrnehmen und im kommenden Geschäftsjahr insbesondere die Arbeitsgruppe zum Themenbereich „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ sowie die Arbeit des Maritimen Berichterstatters der BSPC aktiv unterstützen und Synergien zwischen den Themenfeldern sichtbar machen und nutzen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge, insbesondere im Hinblick auf die Themenfelder
 - a) Zusammenarbeit,
 - b) integrierte Meerespolitik,
 - c) zivile Sicherheit und Bekämpfung des Menschenhandels,
 - d) Gesundheit und soziales Wohlergehen sowie
 - e) nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienzin der Ostseeregion einzusetzen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die Entwicklungen auf diesen Gebieten in der Ostseeregion sowie über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

„Zusammenarbeit“, „Maritime Angelegenheiten“, „Zivile Sicherheit“ sowie „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“, jeweils mit Bezug zur Ostseeregion - das waren die diesjährigen Schwerpunkte der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz, die mit rund 200 Teilnehmern, Delegierten regionaler und nationaler Parlamente aller Ostseeanrainerstaaten und parlamentarischer Vereinigungen unterschiedlicher Ebenen sowie einer Vielzahl von Regierungsvertretern, Experten, politischen Beobachtern und Gästen vom 28. bis 30. August 2011 im finnischen Parlament, der *Eduskunta*, in Helsinki stattgefunden hat. Darüber hinaus wurden Berichte über den Umsetzungsstand des HELCOM-Ostseeaktionsplanes sowie die Abschlussberichte der BSPC-Arbeitsgruppen „Integrierte Maritime Politik“ und „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ diskutiert.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern der 5. Wahlperiode wurde eine Woche vor der Wahl zum 6. Landtag durch seine Erste Vizepräsidentin Renate Holznagel und die Abgeordneten Ute Schildt, Jochen Schulte, Dr. Armin Jäger, Matthias Mantei und den Dritten Vizepräsidenten Hans Kreher vertreten.

Als Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ stellte der Abg. Jochen Schulte die im zweiten Mandatsjahr auf der Grundlage von Expertenanhörungen erarbeiteten Ergebnisse und politischen Handlungsempfehlungen sowie den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe vor. Eingangs verwies er darauf, dass die Menschen in der Ostseeregion, die zu einem großen Teil am, von und mit dem Meer lebten, von einer integrierten maritimen Politik vor allem abgestimmte, ostseeraumweite Antworten auf gemeinsame Herausforderungen erwarteten. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt sei die fortgesetzte Auseinandersetzung mit den möglichen Auswirkungen der im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO vereinbarten Regelungen zur Reduzierung der Schwefelemissionen des Schiffsverkehrs auf die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft im Ostseeraum gewesen. Zahlreiche Abgeordnete aus den Parlamenten der Ostseeanrainerstaaten fürchteten Wettbewerbsnachteile für die Ostseeschifffahrt und Verkehrsverlagerungen von der See auf die Schiene. Die Arbeitsgruppe fordere daher geeignete begleitende Maßnahmen, um eine Schwächung der Wettbewerbsposition der Ostseeschifffahrt zu vermeiden. Aus dem gleichen Grund setze sie sich für eine beschleunigte Ausweisung weiterer Seegebiete als Schwefelüberwachungsgebiete ein. Gleichzeitig spreche sich die Arbeitsgruppe für die konsequente Entwicklung und den Ausbau innovativer, umweltfreundlicher Energie- und Technologielösungen für Schifffahrt und Häfen aus, um das Wachstumspotenzial neuer Meeressektoren zu unterstützen und maritime Zukunftsmärkte zu erschließen. Darüber hinaus habe sich die Arbeitsgruppe besonders aktiv dafür engagiert, die Zusammenarbeit mit anderen wichtigen, im Bereich der maritimen Politik tätigen, Ostseeorganisationen weiter auszubauen und zu stärken. Diesem Ziel habe auch die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung der maritimen Arbeits- und Expertengruppen von Ostseerat (CBSS), Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) anlässlich des Europäischen Tages der Meere im Mai 2011 in Danzig sowie die erstmalige Durchführung einer gemeinsamen maritimen Arbeitsgruppensitzung der drei Organisationen im Rahmen der abschließenden Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ im Juni 2011 in Schwerin gedient.

Abg. Dr. Armin Jäger hat den Landtag in der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit und Menschenhandel“ vertreten, die im Rahmen der Konferenz ebenfalls ihren Abschlussbericht vorlegte.

Die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte der in der Resolution an die Regierungen, den Ostseerat sowie an die EU gerichteten Handlungsempfehlungen beziehen sich darauf, im Hinblick auf die **Zusammenarbeit in der Region** die weitere Entwicklung und die Aktivitäten des Ostseerates (CBSS) durch Bereitstellung langfristiger Ressourcen und die kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung von Schwerpunktthemen mit der BSPC zu unterstützen, des Weiteren auf die Aufforderung, die Bemühungen zur Entwicklung, Überwachung und Umsetzung der nationalen Umsetzungspläne im Rahmen des **HELCOM-Ostseeaktionsplans mit dem Ziel der Herbeiführung eines guten Umweltzustandes der Ostsee bis 2021** zu verstärken, die Aufforderung, einen Überblick über die Verfügbarkeit verschiedener Finanzquellen für Projekte und Investitionen in der Ostseeregion herzustellen, um allen Akteuren einen Zugang zu Mitteln zu ermöglichen und diese effizient zu verwenden, sowie darauf, Initiativen zur Förderung des Informationsaustauschs und zur Koordination von Schwerpunkten und Aktivitäten der Akteure der Ostseeregion mit dem Zweck der Vermeidung von Doppelarbeit und der Schaffung von Synergien zu unterstützen.

Im Hinblick auf eine **Integrierte Meerpolitik für die Ostseeregion** wird gefordert, die Entwicklung und den Einsatz alternativer, umweltschonender Schiffstreibstoffe in der Ostseeregion durch Unterstützung innovativer emissionsreduzierender Technologien und durch die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Ausbau der Hafeninfrastruktur sowie für die Umrüstung vorhandener Schiffe zu fördern. Daneben wird es angesichts durchgeführter Expertenanhörungen für erforderlich gehalten, vor dem Hintergrund der Regelungen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO zur Reduzierung des Schwefelgehalts in Schiffstreibstoffen auf 0,1 Prozent ab dem Jahr 2015 in Schwefelemissionsüberwachungsgebieten (SECA) wie der Ostsee Vorkehrungen zu treffen, um Wettbewerbsnachteile für die Ostseeregion und einer Verlagerung des Verkehrs von See auf Land zu verhindern. Hierzu zählt nach Auffassung der BSPC auch die zügige Ausweisung weiterer Meeresgebiete, wie etwa des Mittelmeeres, als SECA. Weiterhin soll die maritime Raumplanung ausgebaut werden, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung der Ostseeregion zu ermöglichen und eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu fördern.

Außerdem wird die Notwendigkeit gesehen, mithilfe der Entwicklung ökologischer Hafendienstleistungen eine nachhaltige Hafenentwicklung zu unterstützen, um die Umweltbelastung für die Anwohner zu minimieren und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken. Integrierte Aktivitäten der Ostseeregion in den Bereichen Meeresforschung, Technologie und Innovation sollen unterstützt werden, um das Wachstumspotenzial neuer Meeressektoren zu nutzen und Zukunftsmärkte zu erschließen. Für wichtig werden außerdem die weitere Förderung von integrierten, ostseeraumweiten Aktivitäten zur Erhöhung der Navigationssicherheit von Schiffen und die Entwicklung der Ostseeregion als Pilotregion für die e-Navigation gehalten. Insgesamt soll eine integrierte Meerpolitik für den gesamten Ostseeraum durch die Entwicklung und Förderung integrierter maritimer Leitprojekte für die Ostseeregion, die Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Meerpolitik und die Entwicklung nationaler integrierter Meerpolitiken in den Mitgliedstaaten weiter ausgebaut werden.

Im Hinblick auf **die zivile Sicherheit und die Bekämpfung des Menschenhandels in der Ostseeregion** wird gefordert, dass die wirtschaftlichen Aspekte des Menschenhandels umfassend analysiert und die Abstimmung zwischen Behörden und Institutionen gefördert werden müsse, um aus dem Menschenhandel stammende Geldflüsse zu verfolgen und die rechtlichen und administrativen Mittel zur Beschlagnahme solcher Einnahmen sowie zur Verhängung drastischer Geldstrafen zu verstärken. Außerdem müssten umfassende Kenntnisse zu Art und Umfang des Menschenhandels zum Zwecke der Zwangsarbeit gewonnen werden, um gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen gemeinsame Strategien zu entwickeln, gesetzliche und operative Mittel zur Erkennung und Bekämpfung von Menschenhandel zu stärken und Informationskampagnen durchzuführen. Die besonderen Probleme der Opfer von Kinderhandel müssten in einem gesonderten, multidisziplinären Ansatz berücksichtigt werden, bei dem das Wohl des Kindes absolute Priorität erhalte. Die Effizienz existierender Gesetze und rechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels solle untersucht und Gesetze gegebenenfalls angepasst werden. Ferner müssten Anstrengungen unternommen werden, um das Bewusstsein für den Menschenhandel zu schärfen und eine verstärkte gemeinsame Wahrnehmung und ein besseres Erkennen von Menschenhandel zu erreichen.

Im Hinblick auf **Gesundheit und soziales Wohlergehen in der Ostseeregion** wird die entscheidende Rolle der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) für die regionale Arbeit auf diesem Gebiet anerkannt. Gefordert werden abgestimmte Aktionen zur Ergänzung nationaler Maßnahmen, die der Bekämpfung von durch vermeidbaren ungesunden Lebensstil oder durch Alkohol- und Drogenmissbrauch hervorgerufenen Gesundheitsproblemen dienen.

Im Hinblick auf **Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz in der Ostseeregion** sollen Politiken verabschiedet und Maßnahmen ergriffen werden, um aus der Ostseeregion eine Region zu machen, in der Wirtschaftswachstum einhergeht mit ökologischer Integrität und sozialer Gerechtigkeit. Hierzu sollen Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich grüner Technologien und Energieeffizienz gefördert werden. Ein integrierter Ansatz soll die Verbesserung der Energieeffizienz in Haushalten, Behörden, Industrieunternehmen und im Verkehr fördern. Ferner sollen Anreize und Möglichkeiten für umweltgerechte öffentliche Beschaffungen und Verfahren für Behörden auf allen Ebenen geschaffen werden. Aufklärungskampagnen und Aktivitäten müssten durchgeführt werden, um die Menschen für nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz und deren wirtschaftliche und ökologische Vorteile zu sensibilisieren. Ferner soll ein auf vier Jahre angelegtes Projekt „Green Growth for a Bluer Baltic Sea“ („Grünes Wachstum für eine blauere Ostsee“) ins Leben gerufen werden, um gemeinsame Prioritäten beispielsweise in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Tourismus festzulegen, Strategien für die schnellere Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln und für den Austausch von Informationen über bestmögliche Verfahren zu sorgen.

Die Geschäftsordnung der BSPC ist dahingehend geändert worden, dass der bisherige Erweiterte Ständige Ausschuss, der im Wesentlichen die Funktion eines Redaktionskomitees für die Erarbeitung der Konferenzresolutionen innehatte, mit dem Ständigen Ausschuss der BSPC zusammengelegt wird. In den neuen Ständigen Ausschuss als höchstem Entscheidungsgremium der BSPC zwischen den Jahreskonferenzen können nunmehr alle teilnehmenden regionalen und nationalen Mitgliedsparlamente sowie parlamentarischen Versammlungen Mitglieder entsenden.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution sowie die geänderte Geschäftsordnung hat die Konferenz einstimmig angenommen. Ebenso wurde dem Arbeitsprogramm für das kommende Jahr zugestimmt.

Die Konferenz gewährte der Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension den BSPC-Beobachterstatus.

Die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 wird in St. Petersburg stattfinden.

Konferenzeröffnung

Nach Eröffnung der 20. BSPC durch die finnische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC **Christina Gestrin** begrüßte der Präsident des finnischen Parlaments, der Abgeordnete **Eero Heinäluoma**, die Gäste und erinnerte an die Zeit der Entstehung der BSPC 20 Jahre zuvor. In der damaligen politischen Umbruchsituation habe der seinerzeitige finnische Parlamentspräsident, Kalevi Sorsa, die Zeichen der Zeit erkannt und Delegierte zur ersten Ostseeparlamentarierkonferenz eingeladen. Seit 1991 hätten die Parlamentarier der Ostseeregion einen langen Weg zurückgelegt. Die Zusammenarbeit in der Region sei weiter vertieft worden und habe neue Formen gefunden. Das Ziel einer nachhaltigen, sozial gerechten und umweltverträglich Entwicklung bleibe aber weiter bestehen, und es verbleibe nur wenig Zeit für die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands der Ostsee.

Susanna Huovinen (Delegationsleiterin des finnischen Parlaments für die BSPC) stellte fest, dass die Parlamentarier der Ostseeanrainerstaaten vor vielen gemeinsamen Herausforderungen ständen. Sie stimmte mit Heinäluoma darin überein, dass der Zustand der Ostsee selbst alarmierend bleibe und dass die Parlamentarier ihr Möglichstes tun müssten, um im Interesse der Nachkommen gemeinsame Lösungswege zu suchen und umzusetzen,

Historischer Rückblick: 20 Jahre BSPC - Erfolge und Herausforderungen

Dr. Jürgen Schöning (ehemaliger Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und ehemaliger Chef der Staatskanzlei des Landes Thüringen, ehemaliger Direktor des Landtages Schleswig-Holstein) gab einen Überblick über die 20-jährige Geschichte der BSPC. Er wies darauf hin, dass der Prozess, der zur Entstehung der BSPC geführt habe, tatsächlich schon viel früher begonnen habe, nämlich mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August 1975. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa habe einen Geist des Optimismus, eine Atmosphäre des Aufbruchs entstehen lassen, der auf allen Ebenen, auch bei den Parlamenten, spürbar gewesen sei. Schöning beschrieb die Gründung und die weitere Entwicklung von BSPC und Ostseerat (CBSS) sowie von deren Beziehungen zueinander als einen kontinuierlichen Prozess, der im Laufe der Jahre gute Fortschritte erzielt habe. Der durch den CBSS im Rahmen der BSPC-Jahreskonferenz vorgelegte Bericht habe sich als nützlich erwiesen. Dennoch würde er es begrüßen, wenn die von den Regierungen präsentierten Berichte sich stärker auf die parlamentarischen Resolutionen konzentrieren würden und über deren Umsetzungsstand informierten. Schöning unterstützte den gegenwärtigen norwegischen Vorschlag, dass der CBSS für einen vollständigen Bericht über den Umsetzungsstand der BSPC-Resolutionen Verantwortung tragen solle und daher seine Berichterstattung entsprechend erweitern solle.

Nach Auffassung von Schöning würde ein solches Verfahren einen weiteren Schritt hin zur Entwicklung der BSPC zur parlamentarischen Dimension des CBSS darstellen. Schöning beschrieb die institutionelle Entwicklung der BSPC. Die Annahme eines jährlichen Arbeitsprogramms, die Errichtung von Arbeitsgruppen und die Ernennung von Berichterstattern mit klar definierten Aufgaben sowie die Abstimmung der Prioritäten von BSPC und CBSS stellten zusätzliche Meilensteine in Richtung größerer Effizienz und politischer Wirkung dar. Ebenso hob er die BSPC als gut funktionierendes Modell parlamentarischer Zusammenarbeit hervor, an der sowohl nationale als auch regionale Parlamente beteiligt seien. Schöning würdigte den Nordischen Rat für sein Engagement bei der parlamentarischen Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Von dessen Erfahrungen habe die Konferenz sehr profitiert. Insgesamt bewertete Schöning die Entwicklung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion als bemerkenswert. Er blickte optimistisch in die Zukunft und äußerte den Wunsch, dass die Parlamentarier ein klares Signal dahingehend aussenden sollten, dass die parlamentarische Zusammenarbeit in der Ostseeregion in den vergangenen 20 Jahren eine Erfolgsgeschichte gewesen sei.

Dr. Pertti Joenniemi (Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dänischen Institut für Internationale Studien) beschrieb die Ostseeregion als eine der gegenwärtig am besten entwickelten europäischen Regionen und wies darauf hin, dass die Europäische Union sie mittlerweile als Modellregion für andere Regionen in Europa ansehe. Dennoch müssten gemeinsame Ziele für die Zukunft der Ostseeregion bewusster gesetzt und deren Umsetzung durch zielorientierte und pro-aktive politische Maßnahmen besser koordiniert werden. Joenniemi konstatierte, dass die Regionsbildung - insbesondere mit der Verabschiedung der EU-Strategie für den Ostseeraum - Teil des Aufbaus Europas geworden sei. Die Ostseeregion könne wesentlich dazu beitragen und zu einem Vorreiter für ein Europa werden, in dem Makroregionen einen wichtigen Platz einnehmen. Er sah die zunehmende Bedeutung der Nordsee- und der arktischen Region. Die Herausforderung bestehe darin, Politiken zu entwickeln, die die Ostseeregion mit den nördlichen Gebieten, der Arktis und der Nordseeregion verbinden. Als ehemalige Randregion entwickle sich das nördliche Europa durch neue Schifffahrtslinien, Flugrouten und Bahnverbindungen nun mehr und mehr zu einem Knotenpunkt. Die Berücksichtigung dieser Entwicklung sei einer der wesentlichen zu berücksichtigenden Aspekte bei der Entwicklung eines Masterplanes für die Ostseeregion. Joenniemi hob die Frage der Sicherheit als eine der wesentlichen Herausforderungen in der Region hervor. Zivile Aspekte der Sicherheit seien auf der Agenda für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, aber eine breite Befassung mit sicherheitsrelevanten Themen sei bisher aus Sensibilitätsgründen nicht erfolgt. Ein erster möglicher Schritt könne es sein, einen umfassenden Bericht zu allen Aspekten zu Fragen der Sicherheit im Ostseeraum zu erarbeiten, der mit dem von Thorvald Stoltenberg 2009 vorgelegten Bericht zur Sicherheitszusammenarbeit unter den nordischen Staaten vergleichbar sei.

Erster Sitzungsabschnitt: Zusammenarbeit in der Ostseeregion

Christina Gestrin (Vorsitzende der BSPC, Finnland) betonte, dass die Region eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen habe. Die größte und vielversprechendste Veränderung sei, dass die Region sich zu einem Raum des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit entwickelt habe. Dies habe sich zuletzt im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen in Oslo im Juli 2011 gezeigt. Die bewundernswerte und entschlossene Antwort des norwegischen Volkes auf diesen Angriff bestätigten, dass derartige Bedrohungen der Gesellschaft am besten durch die Stärkung der Demokratie, größere Offenheit und die Beteiligung der Menschen an der Entwicklung der Gesellschaft verhindert und bewältigt werden könnten.

In ihrem Bericht stellte Gestrin fest, dass die Staaten in der Region im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte enger zusammengewachsen seien. Die politische Zusammenarbeit sei auf einer Reihe von Gebieten enger und zielgerichteter geworden. Die wirtschaftliche Situation habe sich verbessert, der Handel habe zugenommen und es sei ein Anstieg bei der Anzahl gemeinsamer Initiativen im Bereich der Forschung und Entwicklung zu verzeichnen. Viele ernste Umweltprobleme in der Ostseeregion blieben jedoch bestehen. Das beste Instrument dafür, einen guten Umweltzustand der Ostsee bis 2021 zu erreichen, sei der HELCOM-Aktionsplan für die Ostsee. Gestrin drängte die Regierungen, die Entwicklung konkreter Projekte und Finanzierungspläne zu beschleunigen, um den Zeitplan des Aktionsplanes einzuhalten. Sie erwähnte die Errichtung von Abwasserbehandlungsanlagen in Russland und Polen und bemerkte, dass besonders gute Fortschritte in St. Petersburg und auch in Kaliningrad erzielt worden seien, mahnte aber gleichzeitig eine weiterhin notwendige starke politische Unterstützung für die Fortsetzung der positiven Aktivitäten der vergangenen Jahre in Russland an. Gestrin zeigte sich besorgt angesichts fortbestehender erheblicher Unterschiede im Hinblick auf die wirtschaftliche Nachhaltigkeit und soziale Standards in verschiedenen Teilen der Region, sah aber ein großes Potenzial, kollektives Wachstum und Wohlstand durch gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie durch die Stärkung des gemeinsamen Arbeitsmarktes zu schaffen. Eine größere Mobilität in der Region erfordere gemeinsam festgelegte, faire Regeln für Arbeitskräfte ebenso wie für Unternehmen. Gestrin beschrieb die Zusammenarbeit mit dem CBSS als einen kontinuierlichen Prozess. Die BSPC strebe weiterhin an, ihre Prioritäten mit denen des CBSS abzustimmen und gegenseitig an Sitzungen der jeweils anderen Organisation teilzunehmen. Sie betonte, dass die Arbeitsgruppen der BSPC sich zu wichtigen und ertragreichen politischen Instrumenten in der Arbeit der BSPC entwickelt hätten. Sie hätten konkrete politische Empfehlungen und Standpunkte erarbeitet, die auch in den innenpolitischen Debatten genutzt werden könnten. Zum Abschluss ihrer Rede brachte Gestrin ihren Wunsch zum Ausdruck, dass alle Parlamentarier weiterhin die Demokratie, Toleranz und Sicherheit in der Ostseeregion schützen und fördern sollten.

Werner Hoyer (Staatsminister im Auswärtigen Amt) erklärte als Vertreter des aktuellen deutschen Vorsitzes im Ostseerat einleitend, dass dieser die Arbeit des CBSS im Sinne der während des norwegischen Vorsitzes erarbeiteten Leitlinien fortführen werde. In diesem Zusammenhang brachte er sein Mitgefühl gegenüber dem norwegischen Volk für die Opfer der terroristischen Anschläge vom 22. Juli 2011 zum Ausdruck. Die Prinzipien, die Norwegens Antwort auf die Anschläge geprägt hätten - Offenheit und Demokratie - seien dieselben, denen sich auch der CBSS verpflichtet fühle. Der CBSS verfüge über ein solide Grundlage und klare Prioritäten.

Der deutsche Vorsitz verfolge drei Prioritäten: eine Partnerschaft zur Modernisierung des südöstlichen Ostseeraumes, insbesondere des Kaliningrader Gebiets; die Schaffung eines kohärenten Rahmens für die Zusammenarbeit im Ostseeraum durch die Verstärkung der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen EU, Ostseerat, Nördlicher Dimension sowie die stärkere Nutzung des Potenzials des CBSS bei der Weiterentwicklung der EU-Ostseestrategie unter Einbeziehung Russlands; und die Stärkung der regionalen Identität. Netzwerke transnationaler Organisationen und Institutionen spielten hierbei eine zentrale Rolle. Ein gemeinsames Geschichtsbuch der Ostseeregion sei kulturell und historisch wichtig, und könnte außerdem dazu dienen, die Kontakte und das gegenseitige Verständnis der Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Region zu verbessern.

In diesem Zusammenhang seien Bemühungen zur Intensivierung von Kontakten zwischen jungen Menschen besonders wichtig. Hoyer hob außerdem die wichtige Rolle des CBSS bei der Begegnung der aktuellen Herausforderungen in den Bereichen der Energieversorgung und des Umweltschutzes hervor.

Diana Wallis (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments) stellte fest, dass die Europäische Union sich der Ostseeregion zugewandt habe, da durch die Erweiterungen der vergangenen Jahre vier Länder aus dieser Region zu Mitgliedern der Europäischen Union geworden seien. Sie erwähnte, dass ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments maßgeblich an der Entwicklung der EU-Strategie für den Ostseeraum beteiligt gewesen seien und wies darauf hin, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments für den Ostseeraum sich bei jeder Sitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg treffe und aktiv Angelegenheiten von Interesse für die Region diskutiere. Das Europäische Parlament habe seine Unterstützung für die parlamentarische Dimension der Strategie zum Ausdruck gebracht. Es seien zentrale Schlüsselprojekte notwendig, um die Ostseestrategie zu entwickeln. Als Beispiel nannte sie das Thema Tourismus, über den gezielt Projekte generiert werden könnten, die sowohl mit dem Thema Verkehr als auch mit dem Thema Beschäftigung in Verbindung ständen.

Kadri Uustal (Beraterin von Generaldirektor Dirk Ahner, Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik) erklärte, die EU-Kommission nehme im Rahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum eine Vermittlerrolle für die Arbeit in der Region ein. Erste Lektionen der Strategie würden gesammelt und ausgewertet. Wesentliche Themen seien bisher Verkehr, Energiemärkte in grenzüberschreitenden Regionen, Forschung und Unternehmertätigkeit gewesen. Einige Erfolge der Strategie seien bereits zu sehen. Uustal berichtete über einige Beispiele für neue Projekte, aber brachte auch den Wunsch zum Ausdruck, weitere Projekte zu entwickeln. Leitziele und Fortschrittsindikatoren sollten ebenfalls entwickelt werden. Bis 2013 würden die gewonnenen Erfahrungen genauer analysiert sein. Sie bekräftigte, dass die Strategie kein Finanzierungsinstrument sei und dass es keine spezifischen Fördermittel dafür geben werde. Dennoch sah sie dies mehr als eine Chance. Bestehende Fonds würden dahingehend überprüft, wie sie besser auf die Projekte im Rahmen der Strategie ausgerichtet werden könnten. Bedürfnisse und Gelder würden abgebildet und auf einer internetbasierten Plattform präsentiert. Große Anstrengungen würden unternommen, um die Strukturfonds und andere Finanzierungsquellen an die Ziele der Strategie anzupassen. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft habe eine starke Rolle bei der Überarbeitung der Strategie angenommen. Die Strategie habe neue Strukturen etabliert. Die nationalen Koordinatoren für die Schwerpunktbereiche spielten eine wesentliche Rolle für die Strategie. Eine wesentliche Aufgabe sei es, die politische Dynamik für die Strategie beizubehalten. Engagement sei sowohl auf der Verwaltungsebene als auch auf der politischen Ebene erforderlich.

In der anschließenden Debatte sah **Christina Gestrin** (Finnland, Vorsitzende BSPC) die EU-Strategie für den Ostseeraum als ein Werkzeug, dass die flexible Entwicklung in der Region unterstütze und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigere. Wenn die Strategie weiter entwickelt werde, müssten alle relevanten Interessengruppen der Region, ob sie Teil der Europäischen Union seien oder nicht, in der Lage sein, auf gleicher Augenhöhe an der Arbeit teilzunehmen.

Olgierd Geblewicz (Marschall der Woiwodschaft Westpommern, Vorsitzender der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes, BSSSC) erklärte, dass BSPC und BSSSC viele gemeinsame Themen hätten. Vernetzung sei eines der Kernziele der BSSSC. Er nannte den Klimawandel, maritime Angelegenheiten, Verkehr und Infrastruktur, öffentliche Gesundheit und die nördliche Dimension als Schwerpunktbereiche der BSSSC. Außerdem hob er die gute Zusammenarbeit zwischen BSPC, BSSSC und CBSS im Zusammenhang mit dem Europäischen Tag der Meere 2011 in Danzig hervor.

Alexander Pereplesnin (Vorsitzender der Legislativen Versammlung Kareliens) beschrieb die aktuelle Situation in der Republik Karelien, die über eine geographisch günstige Lage und über großes Potenzial und erhebliche Ressourcen verfüge, da ihre größeren Wasserstraßen mit der Ostsee und anderen wichtigen Verkehrskorridoren verbunden seien. Die Legislative Versammlung Kareliens arbeite mit vielen Parlamenten des Ostseeraumes zusammen und plane, seine Zusammenarbeit innerhalb der Region zu verstärken.

Valentina Pivnenko (Russische Staatsduma), wies darauf hin, dass die Kooperationsstrukturen in der Ostseeregion als Modell in Europa dienen könnten. Das parlamentarische Kooperations- und Kontaktnetzwerk sei von entscheidender Bedeutung für das nördliche Europa. Die BSPC verbinde erfolgreich die nordischen Länder und andere Länder in der Region mit Russland. Sie unterstrich, dass die Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums zum Wohl der Menschen in der Region die größte Herausforderung darstelle. Als Themen mit hoher Priorität nannte sie die nachhaltige Nutzung umweltfreundlicher Ressourcen, die Entwicklung und Einführung neuer Techniken und Technologien, die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, die Überwachung industrieller Risiken, eine breitere Implementierung öffentlich-privater Partnerschaften, um neue Herausforderungen zu bewältigen, visafreien Reiseverkehr und die Zusammenarbeit unter Universitäten. Sie wies darauf hin, dass Energieeffizienz und nukleare Sicherheit wichtige Themen im Energiedialog seien. Die Verbesserung des internationalen Rechtsrahmens für eine friedliche und umweltverträgliche Nutzung der Kernenergie könnte nach ihrer Auffassung innerhalb der BSPC diskutiert werden.

Vatanyar Yagya (St. Petersburg) stimmte mit Pivnenko überein hinsichtlich der Rolle der BSPC. Aus seiner Sicht habe es nie Zweifel an der bedeutsamen politischen Kraft der parlamentarischen Zusammenarbeit in der Region gegeben. Die Nördliche Dimension sei wichtig sowohl für Russland als auch für die anderen Länder in der Region. Er sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU- und Nicht-EU-Mitgliedstaaten aus.

Pertti Salolainen (Finnischer Reichstag) forderte die Konferenz auf, mehr Druck auf die Regierungen auszuüben und sie für die Umweltherausforderungen der Region zu sensibilisieren. Er erinnerte die Konferenz daran, dass das Thema Agrarpolitik in der Europäischen Union in der nahen Zukunft diskutiert werde, aber er befürchte, dass Umweltthemen dabei nicht ausreichend berücksichtigt würden. Er hielt die Teilnahme Russlands an der Konferenz für wichtig, da sie eine wertvolle Begegnungsplattform für Parlamentarier aus Russland und aus anderen Ländern der Region biete. Außerdem warb er dafür, dass die Konferenzresolutionen der BSPC in den nationalen Parlamenten debattiert werden sollten.

Franz Thönnies (Deutscher Bundestag) unterstützte die Idee, dass die Resolutionen der BSPC in den nationalen und regionalen Parlamenten debattiert werden sollten. Außerdem würdigte er die russische Beteiligung und hob die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland in Angelegenheiten wie Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Menschenhandel hervor. Er erwähnte außerdem seinen kürzlich vorgelegten Bericht zum grenzüberschreitenden Pendelverkehr und zeigte sich optimistisch, dass zukünftige Beschäftigungspolitiken Grenzbarrieren für den Arbeitsmarkt beseitigen könnten. Eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften in der Region, die eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit darstelle, sei erfolgreich im Rahmen des „Baltic Sea Labour Network“-Projektes weiterentwickelt worden, welches im Herbst 2011 abgeschlossen werde.

Christel Happach-Kasan (Deutscher Bundestag) unterstrich die Bedeutung einer funktionalen Zusammenarbeit zu den Themen Energie und Elektrizität sowie zur Reduzierung der Wasser- und Luftverschmutzung. Sie erklärte, dass die erfolgreiche Entwicklung der Ostseeregion wichtig für Deutschland sei, und dass sie mit demselben politischen Nachdruck betrieben werden solle, wie die Entwicklung der südlichen Gebiete.

Zweiter Sitzungsabschnitt: Maritime Angelegenheiten

Gabriella Lindholm (HELCOM-Vorsitzende) berichtete über den **Umsetzungsstand des HELCOM-Ostseeaktionsplanes** seit 2007. Ziel des Planes sei es, durch einen ökosystembasierten Ansatz für die Steuerung menschlichen Handelns einen guten Umweltzustand für die Ostsee bis 2021 zu erreichen. Maßnahmen und Aktionen konzentrierten sich auf die Eutrophierung, umweltgefährdende Stoffe, maritime Aktivitäten sowie biologische Vielfalt und Naturschutz. HELCOM habe eine entscheidende Rolle als Koordinierungsplattform für die regionale Implementierung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Von den nationalen Umsetzungsprogrammen für den Ostseeaktionsplan würden wesentliche Fortschritte bis zur HELCOM-Ministerkonferenz 2013 erwartet. Zu den wesentlichen Erfolgen des Aktionsplanes zählten die Einführung strengerer Regeln für Abwassereinleitungen von Passagierschiffen, die Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen bei der Errichtung von Abwasserauffangananlagen in Häfen und die Tatsache, dass die Verbesserung solcher Auffanganlagen als Vorzeige-Aktivität in die EU-Strategie für den Ostseeraum aufgenommen worden sei. Im Jahr 2010 hätten sich die HELCOM-Mitgliedstaaten auf Verbesserungen von Hafenauffangananlagen in prioritären Häfen bis 2013, spätestens bis 2015, geeinigt. In diesem Jahr sei im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO vereinbart worden, die Ostsee insgesamt als besonderes Schutzgebiet im Hinblick auf Abwassereinleitungen auszuweisen.

Eine andere bedeutsame positive Entwicklung sei die Ausweisung der Ostsee als Stickstoffdioxid (NO_x)-Emissionsüberwachungsgebiet (NECA), um die Stickstoffemissionen um 80 Prozent zu reduzieren. Einige der wesentlichen Herausforderungen für die kommenden Jahre seien eine Gesamtrisikobewertung von Schiffsunfällen, die Identifizierung von Brennpunkten für Ölunfälle und die Entwicklung neuer Maßnahmen für die Navigationssicherheit.

Abschlussbericht der BSPC-Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“, **Jochen Schulte** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern), präsentierte den Abschlussbericht der BSPC-Arbeitsgruppe zur „Integrierten Maritimen Politik“. Schulte führte aus, dass einer der Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft und die Stärkung der Region als Wirtschafts- und Technologiestandort gewesen sei. Gleichzeitig wurde ein effizienter und nachhaltiger Umweltschutz im Seeverkehr für ein ebenso wichtiges Ziel gehalten. Die Verbindung dieser beiden zentralen Ziele miteinander sei entscheidend für eine langfristig positive und nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion und von deren maritimem Sektor. Schifffahrt und die maritime Wirtschaft zählten zu den wichtigsten Wirtschaftsfeldern in jedem Ostseeanrainerstaat. Sie trügen erheblich zu Wachstum und Beschäftigung in der Region bei. Außerdem könne ein wettbewerbsfähiger maritimer Sektor Wachstum auch in vielen anderen Sektoren in der Region stimulieren, die in der einen oder anderen Weise durch maritime Politik beeinflusst würden. Die Bewahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Zukunftsfähigkeit der Region sei in einem erheblichen Maße mit den maritimen Industrien verbunden. Gleichzeitig müsse eine Balance gefunden werden mit den Zielen des Meeresumweltschutzes und der Verbesserung des Umweltzustandes der Ostsee. Er wies darauf hin, dass bereits im Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zum Ausdruck gebrachte Befürchtungen der Mitglieder bezüglich möglicher Wettbewerbsnachteile für die Ostseeschifffahrt als Konsequenz der Ausweisung der Ostsee als Schwefelemissionsüberwachungsgebiet (SECA) sich während des zweiten Jahres ihres Mandates noch verstärkt hätten. Während die Umweltregulierungen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO generelle Unterstützung fänden, seien viele der Arbeitsgruppenmitglieder der Auffassung, dass die Entscheidung zur Herabsenkung der Grenzwerte für den Schwefelgehalt in Schiffstreibstoffen auf 0,1 Prozent bis 2015 ohne ausreichende Berücksichtigung möglicher Konsequenzen für den maritimen Sektor und damit verwandte Sektoren in der Region getroffen worden sei. Für effiziente und einheitliche Umweltstandards und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der Ostseeregion habe die Arbeitsgruppe ihre bereits in die Resolution der 18. BSPC aufgenommene Forderung bekräftigt und erweitert, innerhalb der IMO aktiv für eine europaweite Lösung für SECAs und die zügige Ausweisung weiterer Seebecken, wie des Mittelmeerraumes, als SECA einzutreten. Außerdem empfehle die Arbeitsgruppe, angemessene begleitende Maßnahmen zu ergreifen, um unerwünschte Verkehrsverlagerungen von der See auf die Schiene zu verhindern, die die Wettbewerbsposition der Ostseeschifffahrt schwächen würden. Hinsichtlich der maritimen Transport- und der Hafenpolitik habe die Arbeitsgruppe sich auf intermodale Transportlösungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Ko-Modalität sowie auf umweltbezogene Hafendienstleistungen und Produkte konzentriert. Abschließend rief er zu einem regelmäßigen und strukturierteren Dialog zwischen der BSPC und anderen Organisationen des Ostseeraumes, wie dem Ostseerat und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes in maritimen Angelegenheiten auf. Diese würde das gemeinsame Potenzial zum Umgang mit den Herausforderungen der Region in einer effizienten Weise stärken.

Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe ist auf der Internetseite des Landtages Mecklenburg-Vorpommern unter <http://www.landtag-mv.de/landtag/gremien/blickpunkt-europa.html> zu finden.

Anita Mäkinen (Direktorin des finnischen Seefahrtsamtes) gab einen Überblick über internationale Regelungen zur Verbesserung maritimer Sicherheit. Sie trug vor, dass zu jedem gegebenen Zeitpunkt mehr als 2.000 Schiffe auf der Ostsee unterwegs seien, und dass derzeit im Jahr mehr als 150 Millionen Tonnen Öl über die Ostsee transportiert würden, und der internationale Seeverkehr nehme stetig weiter zu. Trotz zahlreicher Regulierungen geschähen Schiffsunfälle auf der Ostsee. HELCOM-Statistiken zufolge habe es im Jahr 2009 105 Schiffsunfälle gegeben, von denen zehn eine Ölverschmutzung zur Folge gehabt hätten. Sowohl die EU-Strategie für den Ostseeraum als auch der HELCOM-Ostseeaktionsplan seien geeignete Plattformen für die Zusammenarbeit in Ostseeangelegenheiten, um die maritime und die Umweltsicherheit weiter zu verbessern. Um das Risiko von Schiffsunfällen zu minimieren, sei eine stärkere Kontrolle in Häfen notwendig. Die EU-Strategie für den Ostseeraum werde gegenwärtig überarbeitet, so gute Möglichkeiten beständen, ihren Inhalt zu beeinflussen. Sie forderte die Parlamente auf, Ostseethemen zukünftig weiterhin auf ihren Tagesordnungen zu behalten.

Are Piel (Leiter der Abteilung Schiffsverkehr, Behörde für Maritime Angelegenheiten, Estland) stellte das maritime Überwachungssystem GOFREP („Gulf of Finland Reporting System“) vor. GOFREP sei ein Kooperationsprojekt zwischen Estland, Finnland und Russland, mit dem der Schiffsverkehr im Finnischen Meerbusen überwacht werde. Der wesentliche Grund für die Einrichtung von GOFREP sei der Bau eines neuen Ölterminals und der daraus resultierende Anstieg des Seetransportes von Ölprodukten und anderen chemischen Produkten. Sein Hauptziel sei die Vermeidung von Unfällen auf See, daneben auch die Verbesserung des Meeresumweltschutzes. Der finnische Meerbusen sei ein flaches Meer mit Unterwasserfelsen, der außerdem für 100 Tage im Jahr eisbedeckt sei. Die GOFREP-Organisation arbeite auf verschiedenen Ebenen. Das System sammle Informationen über maritime Verkehrsbewegungen und die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften, die Verbesserung der Systematisierung von Daten, die Verteilung von Informationen an die Schiffsführungen zur Vermeidung von Kollisionen, und die angemessene Reaktion auf Notfallsituationen. Eine Reihe von Maßnahmen könnten helfen, die Fehlerrisiken im Seeverkehr zu limitieren: Training und Übungen, verbesserte Arbeitsbedingungen, eine verbesserte Organisation und ein besseres Arbeitsumfeld, vereinfachte Verfahren, Check-Listen und Regeln, Störfallanalysen und Simulationen und ein besseres Wissen über die physikalischen Eigenschaften des Wasserraumes.

In der sich anschließenden Debatte zeigte sich **Roger Jansson** (Vizevorsitzender der Arbeitsgruppe Integrierte Maritime Politik, Parlament der Åland Inseln) besorgt im Hinblick auf die Kontinuität der Arbeit der BSPC in maritimen Angelegenheiten angesichts des Mandatsendes der entsprechenden Arbeitsgruppe. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes sei wichtig. Schwefelemissionen müssten nicht zuletzt aus Gründen der öffentlichen Gesundheit in der Ostseeregion minimiert werden. Gleiche Bedingungen hinsichtlich Schwefelemissionen sollten für den landgestützten und für den Seeverkehr gelten. Landgestützter Verkehr verursache hohe Umweltbelastungen.

Nikolay Churkin (Russische Föderation) erklärte, dass Russland dieselben Ziele wie andere Ostseeanrainerstaaten im Hinblick auf den Umweltschutz verfolge. Maritime Sicherheit sei eine wichtige Aufgabe. Die Forschung über den Seeverkehr und Navigation auf der See solle intensiviert werden. Die Kosten für Verbesserungsmaßnahmen würden kompensiert durch eine gesündere und damit produktivere See. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen und grenzüberschreitende Aktivitäten seien ein Schlüssel für die Lösung vieler schwieriger bevorstehender Aufgaben.

Folke Sjölund (Åland Inseln) wies auf die Bedrohung der See durch Phosphatablagerungen hin. Die Bürger sollten sich am Kampf gegen Phosphate beteiligen mit dem Ziel, sie aus der Ostsee zu verbannen. Koordinierte Maßnahmen seien nötig, und die Zusammenarbeit zwischen HELCOM, CBSS und BSPC in Angelegenheiten mit Bezug zur EU-Strategie für den Ostseeraum sollte erheblich gestärkt werden.

Kurt Bodewig (Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen a.D., Vorsitzender des Ostsee-Forums) hob hervor, dass es wichtig sei, den HELCOM-Ostseeaktionsplan vollständig und zügig umzusetzen. Er wies auch darauf hin, wie schwer es sei, die Forderung umzusetzen, bis zum Jahre 2015 in allen Ostseehäfen Anlagen zu errichten, die das Abwasser der Schiffe aufnehmen könnten. Es bedürfe dazu einer „Förderkulisse“ und man müsse mit den großen Häfen beginnen. Außerdem sah er die Möglichkeit, Clean-Shipping Projekte durch ein Steuersystem zu finanzieren. Ein verbessertes und „grüneres“ RoRo-Konzept könne sehr wahrscheinlich ein funktionierendes Modell für zukünftige Schiffsverbindungen sein.

Ingebjørg Godskesen (norwegisches Parlament) erklärte, dass es notwendig sei, Angelegenheiten wie die IMO-Regelungen zu diskutieren. Sie sah ein Risiko, dass EU-Regelungen zu Emissionen auf der See zu einer Situation dazu führen könnten, dass Seetransporte zurück auf die Straße verlagert würden.

Anita Brodén (Nordischer Rat, Schweden) hob hervor, dass nachhaltiges maritimes Wachstum viel Arbeit und überzeugte Menschen benötige. Sie stimmte zu, dass Häfen über Auffanganlagen für Schiffsabwässer verfügen müssten und dass es ein System der Abwasseraufbereitung geben müsse. Ein Netz von Abwasseraufbereitungsanlagen solle um die ganze Ostsee herum aufgebaut werden. Außerdem müssten Diskussionen über die Fischerei- und die Agrarpolitik auch maritime Umweltaspekte berücksichtigen.

Ole Vagn Christensen (dänisches Parlament) betonte, dass maritime Angelegenheiten innerhalb der IMO diskutiert werden sollten und dass Parlamentarier aufpassen müssten, IMO-Regelungen nicht aufzuweichen oder abzuschwächen.

3. Sitzungsabschnitt: Zivile Sicherheit

Abschlussbericht der BSPC-Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit und Menschenhandel

André Oktay Dahl (Stellvertretender Vorsitzender der BSPC-Arbeitsgruppe Zivile Sicherheit und Menschenhandel, Norwegischer Reichstag) präsentierte den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe im Namen der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Line Barfod, Dänemark. Dahl begann mit einem dringenden, an die BSPC-Mitglieder gerichteten Appell, ein Netzwerk von Parlamentariern zu errichten, um im Kampf gegen den Menschenhandel zu helfen. Die Arbeitsgruppe habe sich auf diesen Punkt verständigt, da sie realisiert habe, dass alle Empfehlungen an die Regierungen vergeblich sein könnten, wenn die Parlamentarier sich nicht dazu verpflichteten, den Fortschritt der verschiedenen Aktivitäten zur Bewältigung des Problems kontinuierlich zu überwachen und die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative auszubauen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe hätten bereits die Errichtung eines informellen Netzwerkes als „Facebook-Gruppe“ beschlossen, um die Kontinuität der erfolgreichen Arbeit der Gruppe zu sichern. Er erwähnte, dass der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe 15 politische Empfehlungen der Gruppe enthalte - neben der bereits erwähnten Forderung an die Parlamente. Die Empfehlungen 1 - 6 seien bereits im Jahr 2010 der 19. BSPC übermittelt und im Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vorgestellt worden, und würden daher im Entwurf für die Konferenz-Resolution der 20. BSPC nicht noch einmal wiederholt. Empfehlungen 7 - 15 seien von der Arbeitsgruppe seit der 19. BSPC im Jahr 2010 diskutiert und angenommen worden. Die Arbeitsgruppe habe sich bemüht, sehr präzise Formulierungen für die Empfehlungen zu finden, aber sie könnten dennoch lang und detailliert erscheinen. Alle Empfehlungen ergänzten sich gegenseitig und alle benötigten Folgemaßnahmen. Dahl betonte die Rolle öffentlicher Behörden, Nichtregierungsorganisationen und zwischenstaatlicher Organisationen und von Projekten zur Beibehaltung hartnäckiger und nachhaltiger Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Er forderte eine sichere, langfristige Finanzierung, da unsichere und kurzfristige Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere Nichtregierungsorganisationen häufig in ihrer Existenz bedrohten. Ein opferorientierter Ansatz solle bei allen Maßnahmen und Aktionen gegen den Menschenhandel Anwendung finden. Dies bedeute, dass die Menschenrechte der Opfer von Menschenhandel im Mittelpunkt aller Initiativen dagegen stehen sollten, und dass Opfer und Angehörige von Opfern bedingungslose Unterstützung erhalten sollten, unabhängig von ihrem Status und von ihrer Bereitschaft, an Strafverfahren gegen Menschenhändler teilzunehmen. Es stelle ein Problem für effiziente Maßnahmen gegen moderne Sklaverei dar, wenn Opfer wie illegale Einwanderer statt wie Opfer behandelt würden. Dahl stellte fest, dass ein wichtiges Instrument die Verfolgung der Geldströme sei, die aus dem Menschenhandel stammten, sowie die Stärkung der Maßnahmen zur Beschlagnahmung von Erlösen bei in den Menschenhandel verwickelten Personen. Menschenhandel sei ein großes Geschäft mit enormen Profiten. Die Arbeit der Gruppe sei beendet, aber das bedeute nicht, dass der Kampf gegen den Menschenhandel aufhöre. Die Welt habe bereits einmal gezeigt, dass sie in der Lage sei, die Sklaverei zu beseitigen. Nun müsse gezeigt werden, dass es auch gelinge, diese moderne Form der Sklaverei abzuschaffen.

Eva Biaudet (Ombudsfrau für Minderheiten und Nationale Berichterstatterin für Menschenhandel, Finnland) begrüßte den Bericht als ein wichtiges Dokument und erklärte, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe völlig mit ihren Erkenntnissen in diesem Bereich übereinstimme. In ihrem ersten Bericht als finnische Ombudsfrau habe sie untersucht, wie die Opfer der Rechte von Menschenhandel umgesetzt würden und welche Hindernisse im finnischen System vorhanden seien. Die wichtigste Beobachtung in diesem Bericht sei gewesen, dass Menschenhandel und damit in Verbindung stehende Fälle brutaler Ausbeutung wahrscheinlich stärker verbreitet sei, als allgemein angenommen, weil viele Opfer nicht als solche identifiziert würden. Als Konsequenz riskierten Opfer, ihre gesetzlichen Rechte zu verlieren, wie beispielweise Opferhilfesysteme, oder sie verlören ihre Glaubwürdigkeit in einem möglichen Gerichtsverfahren.

Sie halte es für hilfreich, unabhängige, transparent arbeitende Nationale Berichterstatter zu ernennen, die Daten und Informationen zum Menschenhandel sammeln und analysierten, und Politiken und Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels evaluierten. Ihr Bericht an das finnische Parlament sei durch dieses sorgfältig geprüft worden und habe zu klaren Empfehlungen an alle relevanten öffentlichen Stellen geführt. Dies werde offensichtlich alle Akteure dazu anregen, effizientere und erkenntnisgestützte Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu ergreifen. Biaudet stellte fest, dass der Menschenhandel eine schwere Verletzung der Menschenwürde und des Gleichheitsgrundsatzes sei. Jedes Versagen beim Schutz eines Opfers sei ein Versagen der Gesellschaft. Parlamentarier hätten eine Schlüsselrolle aufgrund ihrer Fähigkeiten als Meinungsbildner und als Gesetzgeber. Aus diesem Grund sei es so wichtig, den politischen Druck auf die Regierungen aufrecht zu erhalten, Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu ergreifen.

Vladimir Nikitin (Russische Staatsduma) zeigte sich besorgt über den globalen Charakter des Menschenhandels. Die Gesetze zum Menschenhandel in Russland seien verschärft worden, aber das Problem bleibe bestehen. Organisierte Kriminelle passten sich an veränderte Bedingungen an, so dass es wichtig sei, mehr und bessere Daten über dieses Phänomen zu sammeln. Menschenhandel stehe oft auch in engem Zusammenhang mit Drogenschmuggel und Schmuggel nuklearen Materials. Zwangsarbeit sei in der Landwirtschaft und in der Hausarbeit ziemlich verbreitet. Der Handel mit menschlichen Organen sei ebenso wie organisiertes Betteln ein wachsender Trend. Die Situation in Russland sei schwierig, da die Einführung des Systems der freien Marktwirtschaft erst vor relativ kurzer Zeit erfolgt sei und viele der Konsequenzen schwierig zu bewältigen seien. Es sei notwendig, besser zu verstehen, wie Menschenhändler operierten, um das Problem adäquat bekämpfen zu können. Erfolgreiche Maßnahmen erforderten Unterstützung von allen Ebenen der Gesellschaft. CBSS und BSPC müssten ihre Arbeit gegen den Menschenhandel fortsetzen. Russland arbeite effektiv mit europäischen Polizeidienststellen und ausländischen Experten zusammen.

Sylvia Bendrāte (Stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses der Baltischen Versammlung, Lettland), beschrieb das Thema der Migration in den drei Baltischen Staaten. Sowohl Emigration als auch Immigration würden auf nationaler und regionaler Ebene in den drei Staaten diskutiert. Sie betonte, dass es sich um eine Bewegung in beide Richtungen handle. Sicherheit und soziale Stabilität seien Kernthemen. Die Abwanderung der Bevölkerung in großem Stil aus den Baltischen Staaten habe nach dem EU-Beitritt 2004 begonnen. Die Freizügigkeit habe den Menschen die Möglichkeit gegeben, ihre Länder zu verlassen. Viele seien in die Nordischen Staaten gezogen, Deutschland und Großbritannien.

In diesen Staaten hätten sie höhere Löhne erhalten, eine bessere soziale Sicherheit und einen verbesserten Lebensstandard, aber gleichzeitig hätten sich viele aus der Gemeinschaft ausgeschlossen gefühlt. Einwanderung in die kleinen Baltischen Staaten sei nicht ohne Schwierigkeiten verlaufen. Manchmal würden Einwanderer als Risiko für die Sicherheit empfunden, im Wesentlichen in materieller, aber auch in kultureller Hinsicht. Es bestehe eine gewisse Furcht, dass Einwanderung die nationale Kultur untergraben würde, und dies könne in kleineren Ländern ein größeres Problem darstellen als wirtschaftliche Ängste. Demografische Herausforderungen gebe es überall in der Region. Kein Land könne Einwanderung vermeiden. Daher müssten Integrationsprogramme für Einwanderer entwickelt werden, damit diese mit den örtlichen Kulturen und Sprachen vertraut würden. Die einheimische Bevölkerung müsse außerdem lernen, besser mit Einwandern umzugehen und diese zu integrieren. Um eine für beide Seiten vorteilhafte Situation in der Region zu erhalten, müssten die Vorbereitung und die Mechanismen für die Einwanderung verbessert werden, und es müsse ein besserer rechtlicher Rahmen sowohl für die legale Einwanderung als auch für die Abwanderung geschaffen werden. Außerdem benötigt würden effizientere Kontrollen und Sanktionen bei illegaler Einwanderung, effiziente Rückführungsprogramme und eine gute Kooperation zwischen den Durchgangs- und Herkunftsländern. Ein besserer Informationsaustausch sei wichtig, um die Risiken der Einwanderung zu beseitigen und deren positive Seiten hervorzuheben.

Öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen

Marek Maciejowski (Sekretariatsleiter der Partnerschaft für Öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen im Rahmen der Nördlichen Dimension - NDPHS) stellte die NDPHS vor, deren Ziel es sei, durch die Verbesserung der Gesundheit der Menschen und von deren sozialem Wohlergehen zur nachhaltigen Entwicklung im Gebiet der Nördlichen Dimension beizutragen. Die Partnerschaft konzentriere sich auf zwei Hauptgebiete: die Eindämmung weit verbreiteter übertragbarer Krankheiten und die Verhinderung mit der Lebensführung verbundener, nicht übertragbarer Krankheiten, sowie die Verbesserung des Lebensstandards der Menschen und die Förderung eines gesunden, in gesellschaftlicher Hinsicht nutzbringenden Lebensstils. Gesundheit sei ein unteilbares Menschenrecht, aber auch eine wirtschaftliche Angelegenheit. Europäische Länder verwendeten durchschnittlich 8,3 Prozent ihres BIP für Gesundheitsausgaben, und diese Zahl sei steigend. Diese Kosten könnten begrenzt und reduziert werden durch rechtzeitige und geringe Investitionen. Nichtübertragbare Krankheiten seien zu einem großen Teil vermeidbar, da sie hauptsächlich durch den Lebensstil verursacht würden. Tabakkonsum, Alkoholmissbrauch, Bewegungsmangel und ungesunde Ernährung seien die Hauptrisikofaktoren für nicht übertragbare Erkrankungen. Folglich sei es möglich, durch stärkere Gesundheitsförderung die meisten der nicht übertragbaren Erkrankungen zu vermeiden oder zumindest in höhere Alter zu verschieben, und dadurch große Einsparungen bei den nationalen Haushalten zu erzielen. Investitionen in Gesundheit seien Investitionen in wirtschaftliches Wachstum. Ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot und hohe Arbeitsproduktivität seien die Schlüsselemente für wirtschaftliches Wachstum, und die Gesundheit sei für beides von unmittelbarer Bedeutung. Menschen in einem guten Gesundheitszustand seien in der Lage und bereit, in den Arbeitsmarkt einzutreten und länger zu arbeiten oder zumindest nicht vorzeitig auszuscheiden aufgrund eines schlechteren Gesundheitszustandes. Die NDPHS habe sich entschieden, Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, Politiken und Aktivitäten auf den Gebieten der Prävention nicht übertragbarer Krankheiten zu unterstützen.

Obwohl die Teilnehmer aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Gesundheitssystemen stammten, seien die wesentlichen gesundheitsbezogenen Herausforderungen gegenwärtig dieselben: die alternde Gesellschaft, die ansteigenden Belastungen durch nicht übertragbare Krankheiten und neue Gesundheitsgefahren. Regionale Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Herausforderungen werde Lösungen wirksamer und kosteneffizienter machen.

Dr. Bernt Bull (Vorsitzender der Expertengruppe der NDPHS-Expertengruppe für Alkohol- und Drogenmissbrauch) erläuterte, dass unterschiedliche Risikofaktoren in Bezug auf Krankheiten und Verletzungen untersucht worden seien. In Bezug auf den Alkoholkonsum und dessen langfristige Gesundheitsauswirkungen seien das durchschnittliche Volumen und das Trinkverhalten ausschlaggebend. Insgesamt werde bei 618.000 Todesfällen im Jahr in Europa (2004) geschätzt, dass sie auf Alkoholmissbrauch zurückzuführen seien. Basierend auf den Ergebnissen von 21 europäischen Studien seien die Gesamtkosten für den Alkohol in der Europäischen Union im Jahr 2003 auf 125 Billionen Euro geschätzt worden. Dies entspreche 1,3 Prozent des BIP. Von dieser Summe würden 66 Billionen Euro für alkoholbedingte Probleme verwendet, während der Produktionsausfall aufgrund alkoholbedingter Fehlzeiten, Arbeitslosigkeit und vorzeitiger Sterblichkeit weitere 59 Billionen Euro ausmachten. Bull präsentierte die fünf wesentlichen Ziele des Europäischen Alkohol-Aktionsplanes: Sensibilisierung für den Umfang und die Art der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belastungen, die durch den Alkoholmissbrauch verursacht würden; Stärkung und Verbreitung des Wissens über den Umfang und die Ursachen alkoholbedingter Schäden und über wirksame Maßnahmen zur Reduzierung oder Vermeidung solcher Schäden; Verstärkung der technischen Unterstützung zur Verbesserung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Reduzierung von durch den Alkohol verursachten Schäden sowie zur Behandlung von Störungen durch den Alkohol und damit im Zusammenhang stehender gesundheitlicher Gegebenheiten; Stärkung von Partnerschaften und die Koordinierung zwischen Akteuren sowie Mobilisierung von Ressourcen, die für konzertierte Aktionen zur Reduzierung schädlichen Alkoholkonsums erforderlich sind; Verbesserung von Kontroll- und Überwachungssystemen auf subnationaler, nationaler und europäischer Ebene und Sicherstellung einer effizienteren Verbreitung und Anwendung von Informationen für Hilfeleistungen, Politikentwicklung und Evaluierung. Er unterstrich, dass angesichts des Umfangs und der Komplexität des Problems gemeinsame Anstrengungen unternommen werden müssten, um die Länder bei der Bewältigung der Herausforderungen auf nationaler Ebene zu unterstützen. Internationale Koordinierung und Zusammenarbeit schaffe die notwendigen Synergieeffekte und erhöhe die Einflussmöglichkeiten der Staaten zur Umsetzung erkenntnisgestützter Maßnahmen. Nachhaltiges Handeln erfordere entschiedene Führung, ein auf soliden Kenntnissen aufbauendes Bewusstsein und politischen Willen und Engagement, um einen politischen und gesellschaftlichen Konsens über die zukünftige Ausrichtung einer Politik aufzubauen, die den Alkoholmissbrauch und seine Folgen bekämpfe.

In der sich anschließenden Debatte unterstrich **Sonja Mandt** (Norwegen) die wirtschaftlichen Aspekte des Menschenhandels. Mit einem geschätzten Gewinn von 20 Milliarden Dollar sei der Menschenhandel weltweit die zweitprofitabelste kriminelle Aktivität nach dem Drogenhandel. Außerdem könnten die „Güter“ beim Menschenhandel - Menschen - immer wieder weiterverkauft werden, was das Geschäft noch lukrativer mache. Gemeinsame Anstrengungen müssten unternommen werden, um den Menschenhandel zu bekämpfen. Die Mittelsmänner müssten verfolgt werden. Geldflüsse sollten beobachtet werden, um die Täter zu ermitteln.

Gun-Mari Lindholm (Åland Inseln) erklärte, dass es notwendig sei, mehr über das Problem zu erfahren, Informationen zu verbreiten und offen darüber zu sprechen. Leidenschaft und Mut seien notwendig. Der Bericht der Arbeitsgruppe und ihre Empfehlungen sollten den nationalen Parlamenten vorgestellt werden. Regierungen sollten aufgefordert werden, ihre Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu verschärfen. Die Schließung von Grenzen löse nicht die Probleme. Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Gremien wie den Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Nichtregierungsorganisationen seien wichtige Komponenten im Kampf gegen den Menschenhandel.

Johan Linander (Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe, schwedischer Reichstag) betonte, dass die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Ostseeregion so effektiv gestaltet werden müsse, dass die Aktivitäten von Menschenhändlern unmöglich gemacht würden. Es sei ebenso wichtig, sich auf die Opfer zu konzentrieren und sicherzustellen, dass Maßnahmen und Strukturen eingeführt würden, die unterschiedliche Formen von Unterstützung für sie böten.

Anke Spoorendonk (Landtag Schleswig-Holstein) wies darauf hin, dass die Arbeitsgruppe sich mit einem extrem schwierigen Problem befasst habe. Sie wolle die Aufmerksamkeit auf den Stand der Minderheitenrechte in Europa lenken, da sie den Eindruck habe, dass Minderheitenangelegenheiten an Aufmerksamkeit verlorener und befürchte, dass diese von der politischen Tagesordnung verschwänden. Minderheitenfragen müssten diskutiert werden, und die Rechte von Minderheiten in der Gesellschaft müssten geschützt werden.

Hans Wallmark (schwedischer Reichstag) unterstrich die Nützlichkeit der Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteuren auf dem Gebiet der Bekämpfung des Menschenhandels und wies darauf hin, dass auch die Medien eine wichtige Rolle dabei spielen könnten, Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für das Problem zu erzeugen.

Vierter Sitzungsabschnitt: Nachhaltiges Wachstum, Energie, Klima und Finanzierung

Berndt Voss (Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages Schleswig-Holstein) führte in die Thematik mit einem Vortrag zum Thema „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ ein. Das „grüne Bruttoinlandsprodukt (BIP)“ sei ein Index für nachhaltiges Wachstum, in dem die negativen Umweltfolgen des Wachstums im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise berücksichtigt seien. Es umfasse den Verlust der biologischen Vielfalt und berücksichtige die Kosten, die durch den Klimawandel verursacht würden. Das „normale“ BIP vermittele ein falsches Bild, da es beispielsweise den Wert natürlicher Ressourcen, von Freiwilligendiensten und unbezahlter Hausarbeit nicht widerspiegele, obwohl ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden bedeutsam seien. Investitionen, die zu einem kurzfristigen Anstieg des BIP führten, könnten mittel- oder langfristige Verluste resultieren. Der Klimawandel könne zu einem fünf- bis zwanzigprozentigen Verlust im weltweiten BIP führen. Die Kosten des Klimawandels seien um das Zwanzigfache höher als die Kosten der Politik zur Abschwächung der Klimaveränderungen. Bildung und Ausbildung im Hinblick auf nachhaltiges Wachstum sei notwendig. Außerdem bestehe ein Bedarf für eine Strategie für ein selektives Wachstum durch die weitere Förderung von Umwelttechnologien sowie lokaler Infrastruktur und Unternehmen. Energieeinsparung, rationelle Energienutzung und die Nutzung erneuerbarer Energien seien die Eckpfeiler einer „grünen“ Energie. Recycling sei eine der Schlüsselaktivitäten, das gleiche gelte für die Nutzung heimischer Baustoffe. Der nächste Zyklus technologischer Entwicklung müsse eine „grüner“ sein.

Grenzen für Wachstum sollten diskutiert werden. Europa und die Ostseeregion müssten gestärkt werden und eine gemeinsame Energiepolitik müsste entwickelt werden im Hinblick auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und „grüne“ Technologien. Nachhaltiges Wachstum sei ein Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft.

Hans Brask (Direktor des Baltic Development Forum - BDF) stellte fest, dass die BSPC und das BDF gute Partner bei Förderung von Netzwerken und von nachhaltigem Wachstum seien, um nur zwei gemeinsame Handlungsfelder der Organisationen zu nennen. Das Ostsee-Entwicklungsforum sei eng verbunden mit der EU-Strategie für den Ostseeraum. Die Strategie sei der besten Rahmen und die Möglichkeit für die Region, um neue Fortschritte in der regionalen Zusammenarbeit und Integration zu erzielen. Die Zusammenarbeit mit Russland werde gestärkt parallel zur Entfaltung der EU-Strategie für die Region. Gleichzeitig müssten die finanziellen Instrumente für regionale Kooperation verbessert und flexibler gestaltet werden. Engere Kontakte und Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor seien notwendig - nicht zuletzt im Rahmen der Agenda für nachhaltiges Wachstum. In Bezug auf die Energiepolitik erklärte Brask, dass die Region größere Energie- und Infrastruktur-Vorzeigeprojekte benötige, die wirklich etwas verändern könnten, insbesondere auf dem Gebiet von Energienetzen und -verbindungen. Es müsse erkannt werden, dass bisher kein gemeinsamer Ansatz für nachhaltiges Wachstum in der Ostseeregion existiere. Er unterstrich, dass eine gemeinsame Agenda für nachhaltiges Wachstum ein gemeinsamer ökonomischer Vorteil sein könne. Die Ostseeregion verfüge über das Potenzial, eine Pionierrolle für nachhaltiges Wachstum einzunehmen und damit innerhalb der Europäischen Union Vorreiter für die Umsetzung der EU 2020-Ziele zu werden.

Magnus Rystedt (Generaldirektor der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft NEFCO) gab einen Überblick über deren Aktivitäten. NEFCO sei eine internationale Finanzinstitution, die durch die nordischen Länder errichtet worden sei, um Bankdarlehen und Eigenmittelinvestitionen für Umweltprojekte im östlichen Europa zu ermöglichen. NEFCO finanziere mehr als 400 Projekte, von denen über 50 abwasserbezogene Projekte im Ostseeraum seien. NEFCO verwalte unterschiedliche Fonds. Einer von ihnen, der zusammen mit der Nordischen Investitionsbank (NIB) betrieben werde, sei der spezifische technische Unterstützungsfonds zur Ermöglichung der Entwicklung von Projekten mit Bezug zum HELCOM-Ostseeaktionsplan. NEFCO sei außerdem gemeinsam mit anderen internationalen Finanzierungsinstitutionen (Europäische Investitionsbank EIB, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBWE und Nordische Investitionsbank NIB) in die Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension NDEP involviert, die auf Umweltinvestitionen in Nordwest-Russland und Weißrussland abziele. Der Unterstützungsfonds der NDEP für Umweltprojekte umfasse 127 Millionen Euro und werde durch die EBWE betrieben. Rystedt erwähnte eine Kläranlage in St. Petersburg, die Abwässer von 700.000 Menschen in der Stadt aufbereite. Das Projekt sei als privat-öffentliche Partnerschaft umgesetzt worden. NEFCO fördere erneuerbare Energien in den Baltischen Staaten durch die Gewährung von Bankdarlehen und die Ermöglichung von Eigenmittelinvestitionen für Windparks in Estland, Lettland und Litauen.

Lene Grønning (Wirtschaftsbotschafterin, Business Center Bornholm) präsentierte das „Bright Green Island Projekt“ der Insel Bornholm, das vor einigen Jahren gestartet worden sei mit den Zielen, die Insel in einem zunehmend wettbewerbsintensiven Umfeld zu positionieren, junge Menschen zurück nach Bornholm zu holen und Bornholm zu einer „grünen Insel“ zu machen. Bis 2014 solle sich der Name Bornholms als „leuchtend grüner Insel“ in der Welt etabliert haben und die Insel gut positioniert sein in der Debatte um den Klimawandel und erneuerbare Energien. Sie beschrieb, wie die Insel begonnen habe, „grün“ zu werden. Die soziale Zusammensetzung der Insel sei wie eine kleine Region mit Unternehmen, Industrien, Krankenhäusern, Schulen und Kindertagesstätten und sei daher sehr geeignet als Testlabor für ein derartiges Projekt. Die drei Hauptaktionsfelder seien grünes Wachstum, lokale Lebensmittelproduktion und die Schaffung von Abenteuerzonen für Touristen. Die Bauindustrie habe damit begonnen, „grüne“ Häuser in Dänemark zu vermarkten. Forschungsunternehmer im Bereich der „grünen“ Technologien fänden Partner und verstärkten ihre Aktivitäten. Das Projekt wirke außerdem eng mit Schulen zusammen, um Kinder in die Idee der „Grünen Insel“ einzubeziehen. Das Projekt habe gezeigt, dass eine klare Vision notwendig sei, um das Projekt zu vermarkten und die Bürger einzubeziehen. Nunmehr entwickelten sich die „grünen“ Praktiken täglich weiter, und die Menschen seien zunehmend interessiert daran, zu lernen auf einer „Grünen Insel“ zu leben.

Alexey Ivannikov (Leiter der Abteilung Management und Entwicklung, Bereich Europa von „International Russian United Energy Network Limited“ gab einen Überblick über die Aktivitäten des im Staatsbesitz befindlichen russischen Unternehmens. Das Unternehmen sei eines der größten Energieunternehmen in Europa und führe mehrere Projekte gemeinsam mit Nachbarstaaten durch. Die wesentlichen Ziele des Unternehmens seien die Unterstützung von neuen Kapazitäten für erneuerbare Energien, die Schaffung erweiterter Möglichkeiten für die Diversifizierung von Energiequellen und die Ausweitung der Handelsaktivitäten in der Region und die Schaffung neuer Möglichkeiten für die Marktintegration. Das Unternehmen sei ein Hauptakteur bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland in Angelegenheiten der Elektrizität und verfüge über Tochterunternehmen in vielen Ländern der Ostseeregion. Es realisiere den dringenden Bedarf europäischer Länder, neue Windenergiekapazitäten auszubauen und betrachte Windparkprojekte als eine ihrer Geschäftsentwicklungen auf dem europäischen Markt. Ivannikov präsentierte mehrere regionale Beispiele für erfolgreiche Projekte, zum Beispiel in Karelien, Litauen, Polen, Estland, Deutschland und Norwegen.

In der abschließenden Debatte sah **Ole Vagn Christensen** (Dänisches Parlament) „grünes“ Wachstum als eine realistische Möglichkeit, und äußerte den Wunsch nach mehr Information und Wissen darüber. Der Kernzweck des „grünen“ Wachstums sei die Förderung einer wirtschaftlichen Entwicklung, die ökologisch und sozial nachhaltig sei. Wirtschaftliches Wachstum, soziales Wohlergehen und ökologische Gesundheit müssten Hand in Hand gehen.

Sverre Myrli (Norwegisches Parlament) dankte zunächst den Vorsitzenden von CBSS und BSPC für ihre Unterstützung nach den terroristischen Anschlägen in Norwegen am 22. Juli 2011. Anschließend erinnerte er daran, dass Norwegen während des Kalten Krieges das einzige NATO-Mitglied mit einer Grenze zu Russland gewesen sei. Heute arbeiteten Norwegen und Russland eng zusammen in Angelegenheiten wie der Energiepolitik. Die baltischen Staaten und Polen seien Mitglieder der Europäischen Union und der NATO, und Kontakte nähmen zu. Dennoch sei es unbefriedigend, dass die Möglichkeiten zur Durchführung grenzüberschreitender Transporte immer noch schwach ausgeprägt und mühsam seien.

In vielen Themenbereichen, wie dem Seetransport, Energie und Sicherheit, gebe es starke gemeinsame Interessen unter den Ländern in der Region, und die Zusammenarbeit sollte weiter verbessert werden.

Torsten Staffeldt (Deutscher Bundestag) brachte seinen Optimismus in Bezug auf die Entwicklungen im Transport- und Logistiksektor zum Ausdruck. Forschung und Entwicklung hätten zu konstruktiven Ergebnissen geführt, wie innovativer technischer Lösungen für die Schifffahrt. Fortgesetzte Anstrengungen müssten unternommen werden, um den Seeverkehr zu unterstützen, da er umweltfreundlich und deshalb eine wichtige Komponente in einer nachhaltigen Wirtschaft sei.

Hans Wallmark (Schwedischer Reichstag) kommentierte, dass die Nuklearenergie wahrscheinlich ein Element im kombinierten Energiemix für die Region in absehbarer Zukunft bleiben werde; dies mache es umso notwendiger, größere Aufmerksamkeit auf die Sicherheitsaspekte der Behandlung, Wartung und Lagerung abgebrannter Brennelemente zu richten.

Franz Thönnies (Deutscher Bundestag) zeigte sich überzeugt, dass die jüngere Generation in noch stärkerem Maße besorgt über die Umwelt sein werde und außerdem besser darin sein werde, Energie einzusparen und umweltfreundliche Lösungen zu wählen. Er berichtete, dass Deutschland das Ziel habe, bis zum Jahr 2050 80 Prozent der Energieversorgung durch erneuerbare Energiequellen zu produzieren.

Mirjam Vehkaperä (Konferenz der Parlamentarier der Arktischen Region, Finnland) bemerkte, dass die Arktische Region und die Ostseeregion die Probleme der Energiepolitik und des Klimawandels teilten. Sie unterstrich neue Möglichkeiten für die Schifffahrt durch die Nutzung des nördlichen Seewegs. Sie freue sich, darüber informieren zu können, dass das Europäische Parlament in seinem Bericht zu einer nachhaltigen Politik der Europäischen Union für den hohen Norden die Idee der Einrichtung eines Arktischen Informationszentrums an der Universität Lappland unterstütze.

Anita Brodén (Nordischer Rat, Schweden) erinnerte daran, dass Recycling und Abfallbewirtschaftung auch zur Energieeffizienz und zu einer schonenderen Nutzung der Ressourcen beitragen. Neue und effizientere Abfallbehandlungsanlagen sollten errichtet werden und Abfallsammlung sollte effizienter gestaltet werden. Der Entsorgung medizinischer Abfälle sollte eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da hier ein erhebliches Risiko der Kontamination von Grundwasser bestehe.

Gabi Dobusch (Hamburgische Bürgerschaft) bemerkte, dass die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft auch kulturelle Aspekte beinhalte. Die Renovierung von Gebäuden zum Zweck der Energieeffizienz müsse Belange der kulturellen Identität und des architektonischen Erbes berücksichtigen.

Abschließende Sitzung: Die Zukunft parlamentarischer Zusammenarbeit im Ostseeraum

Der ehemalige schwedische Botschafter **Sven Hirdman** sprach von Narben, die die Vergangenheit hinterlassen habe. Ängste und Vorurteile existierten weiterhin und Hindernisse für Kontakte, insbesondere zwischen Russland und anderen Ostseeanrainerstaaten, müssten abgebaut werden. Hierzu müssen der Freihandel zwischen der Europäischen Union und Russland ausgebaut und Visabeschränkungen zwischen Russland und den Schengen-Staaten vermindert werden. Außerdem müssten grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte auf und entlang der Ostsee realisiert werden. Ein engagierterer Einsatz sei notwendig, um grenzüberschreitende Verkehre zu ermöglichen und zu beschleunigen und eine geschlossene Verkehrsinfrastruktur in der gesamten Region zu entwickeln. Als weiteres Thema nannte er die maritime Sicherheit in der Ostseeregion. Über 100 Millionen Tonnen russischen Öls würden jedes Jahr über die Ostsee transportiert. Dies bringe das Risiko von Kollisionen und Ölunfällen mit sich. Bezug nehmend auf das GOFREP-System, fragte er, warum dieses nicht auf die gesamte Ostsee ausgedehnt werden könne.

Paulus Saudargas (Vizepräsident der Baltischen Versammlung, Litauen) nannte eine langfristige, stabile soziale Entwicklung als eine der Prioritäten für die Baltischen Staaten. Ökologische, wirtschaftliche und Bildungsangelegenheiten seien andere wichtige Themen, gemeinsam mit der Entwicklung eines effizienten und belastungsfähigen Informationssystems. Gesundheit und Soziales Wohlergehen seien wichtige Komponenten einer positiven sozialen Entwicklung, und zivile Sicherheit und der Kampf gegen organisiertes Verbrechen seien grundlegend für die Sicherheit der Menschen. Die Baltische Versammlung wolle existierende Mechanismen und Ressourcen nutzen und Seite an Seite mit den anderen Staaten in der Ostseeregion zusammenarbeiten.

Ryszard Górecki (Polnischer Senat, Delegationsleiter der polnischen Delegation für die BSPC) setzte sich für die Abschaffung der Visapflicht ein, insbesondere für die Menschen im Kaliningrader Gebiet. Sicherheit sei von grundlegender Bedeutung, aber Polen habe die Freizügigkeit stets unterstützt, und ein visafreies Regime würde diese sicherlich fördern. Die Infrastruktur in Polen entwickelte sich, obwohl noch erheblicher Aufholbedarf bestehe, auch im Hinblick auf die Eisenbahninfrastruktur. Zusätzliche Fördermöglichkeiten würden begrüßt. Der Seetransport und maritime Sicherheit seien vorrangige Bereiche. Die Idee der Ausdehnung des GOFREP-Systems auf die gesamte Ostsee sei attraktiv. Er mahnte abschließend an, dass die parlamentarische Zusammenarbeit effizienter und ergebnisorientierter werden müsse. Die BSPC solle darüber nachdenken, wie seine Instrumente wirksamer eingesetzt werden könnten.

Christina Gestrin (Vorsitzende der BSPC, Finnland) erklärte, dass Konferenzen eine wichtige Rolle spielten, da sie eine Plattform für Treffen, Gespräche und Vernetzung böten. Austausch und Kommunikation über territoriale und politische Grenzen hinweg seien wichtige Voraussetzungen für gemeinsames politisches Handeln. Es sei grundlegend, dass Parlamentarier aus der ganzen Region gemeinsam Druck auf die Regierungen ausübten zu handeln und nachverfolgten, was unternommen werde, um den Herausforderungen der Region zu begegnen. Konkrete Aktivitäten seien notwendig, um das Wohlergehen der Menschen zu verbessern, und eine kohärentere Region würde eine stärkere Position im globalen Wettbewerb einnehmen. Aus ihrer Sicht seien die wichtigsten Themen im Ostseeraum die Fragen der Klimapolitik, der Energiepolitik sowie die Sicherheit in der Seeschifffahrt. Außerdem müsse der Ostseeaktionsplan von HELCOM weiter umgesetzt werden.

Franz Thönnes (Deutscher Bundestag) unterstrich die Notwendigkeit, für eine stabile Demokratie als Rückgrat einer positiven sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einzutreten. Die Abschaffung von Visaregelungen würde zu einem stärkeren grenzüberschreitenden Austausch zwischen Menschen und Unternehmen führen. Visa seien teuer und nicht sehr wirksam im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität. Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und der direkte persönliche Kontakt zwischen den Menschen könnten dabei helfen, Grenzhindernisse zu beseitigen, und könnten auf der anderen Seite stark von ihrer Beseitigung profitieren. BSPC könnte darüber nachdenken, über Fragen wie die Situation ethnischer Minderheiten und ihr kulturelles Erbe zu sprechen. Eine stärkere Teilnahme junger Menschen in die Arbeit der BSPC sollte ebenso gefördert werden. Er schlug vor, dass die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen an Schulen und Universitäten herantreten, um mit diesen im Zusammenhang mit der Ostseepolitik zu kooperieren.

Vatanyar Yagya (St. Petersburg) brachte seinen starken Glauben in die parlamentarische Zusammenarbeit zum Ausdruck. BSPC sei ein Projekt, das Nationen rund um die Ostsee verbinde. Es sei eine wichtige Aufgabe für Parlamentarier sicherzustellen, dass die allgemeine Öffentlichkeit einbezogen werde und informiert werde über die Herausforderungen der Region. Ein aktuelles positives Beispiel sei der Dialog zwischen jungen Menschen in Russland und Karelien, der zur Errichtung eines Jugendforums geführt habe. Ein spezielles Problem der Ostsee, das bisher nicht ausreichend angegangen worden sei, seien Überreste chemischer Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien frage er sich, ob die Nutzung von Biobrennstoffen sinnvoll sei, da sie zulasten der Produktion von Lebensmitteln gehe. Bei der Energieerzeugung komme man ohne Nuklearenergie nicht aus; es gehe lediglich darum, ihre Sicherheit zu verbessern.

Ryszard Górecki (polnischer Senat) stimmte zu, dass die Einbeziehung der jungen Generation in die Diskussion und in die Entscheidungsfindung wichtig sei. Er argumentierte, dass Universitäten wichtige Träger der Kultur und der nationalen Identität seien. Dennoch werde eine lebendige Kultur durch externen Austausch genährt, und daher müsse die Mobilität zwischen Universitäten in der Region verbessert werden.

Franz Thönnes (Deutscher Bundestag) betonte, dass Parlamentarier sich im Kampf gegen Terrorismus und Fremdenfeindlichkeit vereinigen und dabei Offenheit und Demokratie als ihre Hauptwaffen nutzen sollten. Die aner kennenswerte Art und Weise, mit der der Premierminister Norwegens sein Volk nach den terroristischen Anschlägen im Juli geführt und vereinigt habe, habe gezeigt, dass Demokratie das Hauptverteidigungsmittel gegen den Terrorismus sei.

Christina Gestrin (BSPC-Vorsitzende, Finnland) stimmte zu, dass es eine grundlegende Verantwortung von Parlamentariern sei, für Demokratie, Offenheit, Transparenz und Menschlichkeit zu stehen. Diese Werte sollten fortwährend auf der Agenda der BSPC stehen und die gesamte Arbeit der BSPC prägen.

Algirdas Saudargas (Vizepräsident der Baltischen Versammlung, Litauen) bezog sich auf das 20-jährige Jubiläum der Unabhängigkeit der drei Baltischen Staaten und stellte fest, dass Energiesicherheit nicht nur im Zusammenhang mit dem Thema Energieversorgung stehe, sondern auch mit der nationalen Sicherheit.

Ryszard Gørecki (Polnischer Senat) wünschte sich stärkere Anstrengungen, um die parlamentarischen Empfehlungen in Regierungshandeln umzuwandeln. Außerdem forderte er die Regierungen in der Region dazu auf, sich für eine gute Zusammenarbeit mit HELCOM und CBSS einzusetzen, um gemeinsame Initiativen für eine positive Entwicklung zu verfolgen. Außerdem solle über die Idee von Jugendaktivitäten im Rahmen der BSPC weiter nachgedacht werden.

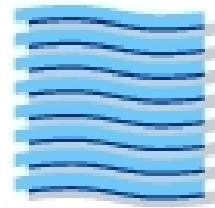
Franz Thönnies (Deutscher Bundestag) wies darauf hin, dass der Stoltenberg-Bericht über die nordische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik nicht genügend unter den Parlamentariern diskutiert worden sei. Dies solle in künftigen Beratungen nachgeholt werden. Er schlug vor, dass die Parlamentarier der BSPC, wenn sie von der Konferenz zurückkehrten, die Arbeit und die Ergebnisse der BSPC in ihren Wahlbezirken verbreiten und dabei auch Schulen informieren sollten.

Renate Holznagel (Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Delegationsleiterin) äußerte sich ebenfalls zu der Frage, was Parlamentarier tun könnten, um ihre Empfehlungen zu verbreiten. In ihrem eigenen Parlament gebe es eine lange Tradition, die Resolution der BSPC nach der Jahreskonferenz zu beraten. Sie lobte, dass die Konferenz stets in der Lage sei, am Ende einstimmig eine Resolution anzunehmen, obwohl die Meinungen manchmal stark auseinandergingen. Außerdem sei es anerkennenswert, dass es einer solch schlanken Organisation gelinge, so viele unterschiedliche Themen abzudecken und so gute Ergebnisse im Laufe eines Jahres zu erzielen.

Valentina Pivnenko (Russland) dankte der Konferenz für ihre Ernennung als neue Vorsitzende der BSPC für den Zeitraum 2011 bis 2012. Sie betonte, dass die BSPC sich im Laufe ihrer ersten 20 Jahre als eines der effektivsten politischen Foren in der Ostseeregion erwiesen habe. Die Konferenz solle auch in Zukunft danach streben, ihre Rolle als führendem parlamentarischem Akteur in der Region zu sichern. In der nahen Zukunft solle die BSPC-Agenda konkrete Themen mit Bezug zur Entwicklung der Region enthalten, und neue Wege der Zusammenarbeit suchen. Einige der prioritären Themen seien für sie die nachhaltige Nutzung der Ressourcen ohne Bedrohung für die Umwelt, die Entwicklung und Einführung neuer Techniken und Technologien, die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, die Überwachung industrieller Risiken sowie die breitere Einführung öffentlich-privater Partnerschaften, um neuen Herausforderungen zu begegnen. Der Energiedialog, mit einer speziellen Betonung auf den Bedarf an energieeffizienter und sicherer Nukleartechnologie, sei wichtig. Die Herausforderung sei, sie sicher für die Menschen und für die Umwelt zu machen. Fortgesetzte Aufmerksamkeit solle den Themen der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, der Förderung direkter persönlicher Kontakte durch erleichterte Visaanforderungen und dem nachhaltigen Wachstum, das Wohlergehen und Sicherheit für die Menschen der Ostseeregion fördere, gewidmet werden. Die Prioritäten des russischen BSPC-Vorsitzes würden das Engagement für die Zusammenarbeit in dem Bereich Innovation und Modernisierung reflektieren. Eine diesbezügliche Zusammenarbeit könne Kontinuität für den gegenwärtigen und für kommende BSPC-Vorsitze liefern. Der russische Vorsitz werde sich weiter für eine Stärkung der Zusammenarbeit zum Wohl der Nationen und der Menschen der Region einsetzen. Sie lud alle Teilnehmer zur 21. BSPC ein, die vom 26. bis 28. August 2012 im Mariinsky-Palast, dem Sitz des Parlaments von St. Petersburg, stattfinden werde.

Christina Gestrin dankte den Gastgebern der 20. BSPC, dem finnischen Parlament, dem Internationalen Sekretariat des finnischen Parlaments und dem BSPC-Sekretariat, für die gelungene Ausrichtung und Vorbereitung der Konferenz. Sie würdigte die Bedeutung der Tatsache, dass die 20. Konferenz am selben Ort durchgeführt worden sei wie die 1. BSPC im Jahr 1991, und brachte die Freude darüber zum Ausdruck, einige Personen während der 20. BSPC wiedergesehen zu haben, die bereits in der Gründungsphase der BSPC in den neunziger Jahren aktiv gewesen seien. Das Wissen über die Geschichte sei eine solide Basis, um zukünftige Unternehmungen anzugehen. Sie stellte fest, dass viele der Sprecher der BSPC dafür gedankt hätten, dass die BSPC die politische Aufmerksamkeit für wichtige Angelegenheiten des Ostseeraumes aufrechterhalte, und gelobte, dass die BSPC weiterhin Druck auf die Regierungen der Region ausüben werde, effiziente Maßnahmen durchzuführen, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Sie bekräftigte, dass die BSPC als ein wichtiger und einflussreicher politischer Akteur in der Region wahrgenommen werde. Sie schloss die 20. BSPC und wünschte Valentina Pivnenko viel Erfolg für den BSPC-Vorsitz 2011 bis 2012.

Anlage
(nichtamtliche Übersetzung)



EntschlieÙung der Konferenz

verabschiedet von der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki (Finnland) zusammengetroffen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "integrierte Meerespolitik", "zivile Sicherheit", und "Grünes Wachstum und Energieeffizienz" erörternd,

A. unter Bekräftigung ihrer gemeinsamen Verpflichtung, sich beharrlich für eine positive und pluralistische politische, soziale und wissenschaftliche Entwicklung der Ostseeregion auf der Grundlage umweltpolitischer Belange und des Grundsatzes der Nachhaltigkeit einzusetzen und dabei den Wählern in ihren Wahlkreisen zuzuhören und ihnen Gehör zu verschaffen, indem sie politische Themen in ihren Parlamenten und den zuständigen Ausschüssen voranbringen und politischen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese den Pflichten und Verpflichtungen nachkommen, die sie zugunsten der Region eingegangen sind;

B. unter Bekräftigung des gegenseitigen Nutzens einer engen Zusammenarbeit zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und dem Ostseerat (CBSS), beispielsweise durch einen wachsenden und kontinuierlichen Austausch zwischen den verschiedenen Arbeitsorganen der Organisation und einen engeren Abgleich der politischen Prioritäten und Zielthemen, wodurch ihre individuellen Kapazitäten sowie die Gesamtkapazitäten gestärkt werden, sodass sie sich erfolgreich den Herausforderungen der Ostseeregion stellen können;

C. in Würdigung der umfassenden Erklärung des 16. Ministertreffens des Ostseerates (CBSS) vom 7. Juni 2011 in Oslo, in der unter anderem die aktuellen Bemühungen um den Aufbau der Zusammenarbeit zwischen Island, Norwegen, Russland und der EU in den Bereichen, in denen im Rahmen der EU-Ostseestrategie gemeinsame Ziele festgestellt werden können, begrüßt werden und die darüber hinaus die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz in den Schwerpunktbereichen Meerespolitik und Bekämpfung des Menschenhandels anerkennt;

D. erneut ihre ausdrückliche Unterstützung für den HELCOM-Ostseeaktionsplan und ihre gemeinsame Hoffnung zum Ausdruck bringend, dass alle HELCOM-Regierungen ihre nationalen Implementierungspläne umsetzen und erfolgreich durchführen, um bis 2021 einen guten Umweltzustand der Ostsee herbeizuführen;

- E. unter Aufrechterhaltung ihrer Forderung, dass die EU-Ostseestrategie mit der Politik der Nördlichen Dimension abgestimmt werden muss, die die EU- und Nicht-EU-Staaten der Region auf gleichberechtigter Ebene zusammenbringt, da eine glaubwürdige, langfristige Lösung für die Herausforderungen der Region die Beteiligung und das Engagement aller wichtigen Akteure verlangt;
- F. in der Erkenntnis, dass die Überprüfung der EU-Ostseestrategie, die im Rahmen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft stattfinden wird, eine Chance bietet, die Synergien zwischen der EU-Ostseestrategie und den wichtigsten vorhandenen Kooperationsstrukturen in der Ostseeregion zu verbessern;
- G. unter Begrüßung der Schaffung einer parlamentarischen Ebene der Nördlichen Dimension, z.B. im Rahmen des wiederkehrenden Parlamentsforums Nördliche Dimension, das zuletzt 2011 in Norwegen stattfand und das nächste Mal im Jahr 2013 in Russland zusammenkommen soll;
- H. darüber hinaus unter Begrüßung der Fortführung konkreter Projekte im Rahmen der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension und der Ressourcenzuweisung für diese Projekte, der Durchführung der beiden neuen Partnerschaften im Rahmen der Nördlichen Dimension für Verkehr und Logistik sowie für Kultur und unter Anerkennung des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und der Partnerschaft der Nördlichen Dimension in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen, von dem beide Seiten profitieren;
- I. in Würdigung der Arbeit von Organisationen und Aktivitäten auf subregionaler Ebene - z.B. des Ausschusses der Regionen (CoR), der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC), der Union der Ostseestädte (UBC) und des Parlamentsforums Südliche Ostsee (PFSBS) - und in Anerkennung ihrer Erfahrungen und Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung von Problemen in der Region und die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme;
- I. unter Begrüßung der Durchführung der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgruppe "Integrierte Meerespolitik" der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Expertengruppe "Meerespolitik" des Ostseerates (CBSS) und der Arbeitsgruppe "Meerespolitik" der Kooperation der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC) im Rahmen des Europäischen Tags der Meere am 20. Mai 2011 in Danzig (Gdańsk) und in Unterstützung der weiteren Koordination und der gemeinsamen Aktivitäten zwischen diesen und anderen Institutionen und Organisationen;
- J. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Bürger bei der Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die die Entwicklung der Ostseeregion beeinflussen, auf dem Laufenden gehalten und beteiligt werden sollten; nichtstaatliche Organisationen spielen eine unschätzbare Rolle als Meinungsmacher und als unabhängige Experten, deren Auffassungen, Warnungen und Ratschläge ernst genommen werden sollten;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die weitere Entwicklung und die Aktivitäten des Ostseerates (CBSS) durch Bereitstellung langfristiger Ressourcen für dessen projektbasierten und zielorientierten Ansatz bei der Behandlung bestimmter Themen, die für die Ostseeregion von großer Bedeutung sind, und die kontinuierliche Zusammenarbeit und Konvergenz von Schwerpunktthemen mit der Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterstützen;
2. ausreichende Ressourcen zuzuweisen und die Bemühungen um die Entwicklung, Überwachung und Umsetzung der nationalen Implementierungspläne im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans mit dem Ziel der Herbeiführung eines guten Umweltzustands der Ostsee bis 2021 zu verstärken;
3. sich für die fortlaufende Koordinierung der Prioritäten und konkreten Aktivitäten der EU-Ostseestrategie und der Nördlichen Dimension einzusetzen und dabei darauf zu achten, dass alle Akteure der Ostseeregion gleichberechtigt zusammenarbeiten können;
4. die bestehenden Verpflichtungen gegenüber dem Ostsee-Aktionsgipfel zu erfüllen und neue Verpflichtungen zu unterstützen;
5. einen Überblick zu gewinnen, um Klarheit über die Verfügbarkeit verschiedener Finanzquellen und anderer Mitteln für Projekte und Investitionen in der Ostseeregion zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass diese effizient verwendet werden und dass der Zugang zu Mitteln für alle Akteure erweitert und ermöglicht wird;
6. dem Fonds für Technische Hilfe des Ostsee-Aktionsplans finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, die gemeinsam von der Nordischen Investitionsbank (NiB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO) verwaltet werden mit dem Ziel, Projekte zu unterstützen, die die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans fördern;
7. Initiativen, Veranstaltungen und Mechanismen anzuregen und zu unterstützen, die Akteure der Ostseeregion zum Informationsaustausch und zur Koordination von Schwerpunkten und Aktivitäten zusammenbringen mit dem Zweck, Doppelarbeit zu vermeiden und Synergien zu schaffen; das Parlamentarische Forum der Nördlichen Dimension und das Forum für die EU-Ostseestrategie sind löbliche Beispiele dafür;
8. die Entwicklung der Zivilgesellschaft zu fördern und nichtstaatliche Organisationen durch finanzielle und administrative Ressourcen zu unterstützen;
9. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der Ostseeregion zu fördern;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

10. die politischen Empfehlungen bezüglich der integrierten Meerespolitik in der 19. BSPC-Entschließung von 2010 wieder aufzugreifen;
11. die Forschungsarbeit zu intensivieren und die Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe wie Flüssigerdgas (LNG) in der Ostseeregion und anderer Treibstoffe durch Unterstützung innovativer emissionsreduzierender Technologien und deren Einsatz durch die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Ausbau der notwendigen Hafeninfrastruktur mit einem gut ausgebauten Verteilungsnetz und einheitlichen Industrie- bzw. Nutzungsstandards zu fördern;

12. vor dem Hintergrund neuer Studien über die Auswirkungen der im Rahmen des internationalen MARPOL-Übereinkommens vorgesehenen Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffstreibstoffen auf 0,1 % ab dem Jahr 2015 Vorkehrungen zu treffen und Initiativen zu starten, um eine Verlagerung des Verkehrs von See auf Land zu verhindern;
13. Anreize für die Umrüstung vorhandener Schiffe zu fördern und sich aktiv innerhalb der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für die zügige Ausweisung weiterer Meeresgebiete, z.B. des Mittelmeers, als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (SECA) einzusetzen, womit sich Wettbewerbsnachteile für die Ostseeregion beseitigen ließen;
14. auf den Bürokratieabbau zugunsten des grenzüberschreitenden Seeverkehrs hinzuwirken;
15. die maritime Raumplanung als ein wichtiges Instrument für ein optimiertes Zusammenwirken der Akteure in den unterschiedlichen maritimen Sektoren im Interesse einer effizienteren und nachhaltigen Nutzung von Meeresgewässern und Küstenregionen auszubauen, nationale und aufeinander abgestimmte Raumplanungskonzepte zu erstellen und dabei eine stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainerstaaten zu fördern;
16. mithilfe der Entwicklung von ökologischen Hafendienstleistungen eine nachhaltige Hafenentwicklung zu unterstützen, beispielsweise durch den Bau von Einrichtungen zum Auffangen von Abwässern in allen wichtigen Ostseehäfen bis spätestens 2015, um die Umweltbelastung für die Anwohner in Hafengebieten zu verringern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken;
17. eine integrierte Meerespolitik angesichts ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung für den gesamten Ostseeraum weiter auszubauen, insbesondere durch
 - die Entwicklung und Förderung integrierter maritimer Leitprojekte für den gesamten Ostseeraum (z.B. des Projekts "Saubere Seeschiffahrt in der Ostsee", des Galileo-Forschungshafen Rostocks und des Projekts SUCBAS - Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea - "Kooperation zur Meeresüberwachung in der Ostsee") auch in den Bereichen "grüner und sicherer Verkehr und eine saubere Umwelt" für die Stärkung des umweltfreundlichen Güterverkehrs und die Hafenzusammenarbeit in der gesamten Ostseeregion, um auf diese Weise die Meerespolitik auf europäischer Ebene zu verankern,
 - die Unterstützung und Förderung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Meerespolitik und durch
 - die Entwicklung einer nationalen integrierten Meerespolitik in den Mitgliedstaaten;
18. integrierte Aktivitäten der Ostseeregion in den Bereichen Meeresforschung, Technologie und Innovation zu unterstützen, um das Wachstumspotenzial neuer Meeressektoren wie der Energiegewinnung in Offshore-Anlagen und Offshore-Technologien, der Sicherheits- und Überwachungstechnik sowie der maritimen Umwelttechnik zu nutzen und Zukunftsmärkte zu erschließen; hierfür sind die erforderlichen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und bestmögliche Verfahren zu kommunizieren;

19. den umweltverträglichen Kreuzfahrttourismus vor dem Hintergrund seiner Bedeutung für die gesamte Ostseeregion als maritimen Wachstumssektor zu entwickeln, beispielsweise durch attraktive Inlandtourismusangebote und gemeinsame Vermarktungskonzepte im Tourismusbereich;
20. die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für den sicheren Schiffsbetrieb in schwierigen und eisigen Winterverhältnissen fortzuführen;
21. Projekte und Aktivitäten, deren Schwerpunkt auf der Navigationssicherheit liegt, z.B. das Schiffsmeldesystem für den gesamten Ostseeraum (SRS) und den Schiffsverkehrsdienst (VTS), zu unterstützen und die Entwicklung der Ostseeregion als Pilotregion für die e-Navigation zu fördern;

im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Ostseeregion

22. gemeinsam grenzübergreifende Szenarien zu entwickeln und alle natürlichen und von Menschenhand geschaffenen Sicherheitslücken in der Ostseeregion festzustellen, um mögliche Katastrophen und Störungen zu identifizieren, ein umfassendes regionales Risikoregister aufzubauen und alle regionalen Kapazitäten durch Kapazitätsaufbau, Schulungen und Übungen zur Vorbeugung von und im Umgang mit Gefahrensituationen zu stärken;
23. die HELCOM-ad-hoc-Expertengruppe "chemische Munition" zu unterstützen, um alle möglichen zusätzlichen Informationen über das Versenken von chemischen Kampfstoffen nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzustellen und zu prüfen, ob die allgemeinen Schlussfolgerungen des "CHEMU Report" nach wie vor gültig sind;
24. vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 die regionale Zusammenarbeit zu verstärken, stringente Bedingungen und Bestimmungen für den Bau und Betrieb und die Außerbetriebsetzung von Atomkraftwerken sowie für die Lagerung und Verarbeitung abgebrannter Brennelemente zu erarbeiten und umzusetzen, aber auch um die Chance zu nutzen, die Bemühungen um die Förderung der Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und grünen Technologien zu intensivieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

25. die politischen Empfehlungen bezüglich des Menschenhandels in der 19. BSPC-Entschließung von 2010 wieder aufzugreifen;
26. umfassende Analysen hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte des Menschenhandels in die Wege zu leiten und zu unterstützen, die Abstimmung zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen zu fördern, um aus dem Menschenhandel stammende Geldströme aufzuspüren, die Fähigkeiten und die Zusammenarbeit von Polizei, Finanzbehörden und anderen zuständigen Institutionen zu optimieren, um aus dem Menschenhandel stammende Geldflüsse zu verfolgen, und um die rechtlichen und administrativen Mittel zur Beschlagnahme von Einnahmen aus dem Menschenhandel sowie zur Verhängung von drastischen Geldstrafen für am Menschenhandel beteiligte Personen zu verstärken;
27. Maßnahmen zur Gewinnung umfassenderer Kenntnisse in Bezug auf die Art und den Umfang des Menschenhandels zum Zwecke der Zwangsarbeit zu fördern und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen, die Entwicklung gemeinsamer Strategien gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie den zuständigen Behörden einzuleiten und zu unterstützen, gesetzliche und operative Mittel

zur Erkennung und Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit zu stärken und Informationskampagnen über Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit durchzuführen;

28. die besonderen Probleme von Kindern, die Opfer von Kinderhandel sind, in Gesetzen und Verwaltungsrichtlinien aufzugreifen und dabei einen multidisziplinären Ansatz und die multisektorale Abstimmung zu nutzen, bei denen das Wohl des Kindes absolute Priorität erhält; hierzu gehört beispielsweise, dass ein Kind grundsätzlich nicht in Gewahrsam genommen und bestraft werden sollte und die garantierte Bereitstellung von Unterkünften mit geeigneten, auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnittenen Einrichtungen, in denen Fachkräfte den Kindern Vertrauen vermitteln, um deren Verschwinden aus den Unterkünften zu verhindern;

29. die Effizienz und Relevanz existierender Gesetze und rechtlicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels, z.B. mit Hilfe von Anfragen an die zuständigen Behörden, zu untersuchen und gegebenenfalls Gesetze zu erarbeiten und anzupassen, um in angemessener Weise auf aktuelle und sich entwickelnde Formen des Menschenhandels zu reagieren und die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Bereichen des politischen Systems und des Rechtssystems zu verbessern;

30. Anstrengungen zu unternehmen, um das Bewusstsein für den Menschenhandel zu verschärfen, z.B. durch die Unterstützung und Durchführung von Informationskampagnen und Aktivitäten zur Einbeziehung Dritter, wie beispielsweise die Kampagne "Safe Trip" (www.safetrip.se) des Rates der Ostseeanrainerstaaten (CBSS) und ähnliche Initiativen von Privatunternehmen und nichtstaatlichen Organisationen und auch Maßnahmen zu unterstützen, durch die Meldungen von Verdachtsfällen des Menschenhandels an die Behörden, z.B. über Hotlines, erleichtert werden;

31. Maßnahmen zur verstärkten gemeinsamen Wahrnehmung und des Erkennens von Menschenhandel durch alle Akteure in der Region in die Wege zu leiten und zu unterstützen und dadurch für eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen ihnen einzutreten und überdies den Austausch und die Zusammenarbeit mit den sich aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligenden internationalen Organisationen zu erweitern, z.B. den Vereinten Nationen (VN), der Interparlamentarischen Union (IPU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und anderen;

32. kontinuierlich Bewertungen und Meldungen über Fortschritte und Ergebnisse im Kampf gegen den Menschenhandel vorzulegen, die auf gemeinsam entwickelten und vereinbarten Erfolgskriterien bezüglich bestimmter Faktoren beruhen, z.B. der Zahl der Verurteilungen, der sicheren Rückkehr von Opfern und ähnlichem; dadurch sollte auch sichergestellt werden, dass Programme und Strategien kontinuierlich aktualisiert sowie an neue und sich verändernde Formen des Menschenhandels angepasst werden;

33. die Schaffung günstiger Arbeitsbedingungen für aktiv an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligte Personen zu fördern, um dadurch die Abwanderung von erfahrenem Personal zu reduzieren sowie kontinuierliches Arbeiten und die Zunahme von Kompetenzen zu ermöglichen;

34. Maßnahmen zu fördern, die der Stärkung der Fähigkeit zur Identifizierung und Anklage von Mittelsmännern im Menschenhandel dienen, also von Personen, die indirekt vom Menschenhandel profitieren, indem sie beispielsweise Kontakte zwischen potenziellen Käufern sexueller Dienstleistungen und Menschenhändlern bzw. Opfern von Menschenhandel fördern, z. B. im Taxi-/Hotelgewerbe oder im Fährdienst;

im Hinblick auf Gesundheit und soziales Wohlergehen in der Ostseeregion

35. in Anerkennung der entscheidenden Rolle der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) für die regionale Arbeit auf diesem Gebiet sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, Unterstützung zu erhalten für deren Projekteinrichtungen und Aktivitäten, die darauf abzielen, die Ostseeregion dabei zu unterstützen, Fortschritte bei der Umsetzung ihrer wichtigen globalen und europäischen Zielen und Vorgaben zu machen, angemessene und langfristige Mittel für gemeinsame regionale Aktivitäten und Vorhaben zu vergeben, um Gesundheit und soziales Wohlergehen zu verbessern;
36. abgestimmte Aktionen zur Ergänzung nationaler Maßnahmen zu unternehmen zur Lösung von Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, hervorgerufen durch vermeidbaren ungesunden Lebensstil im Allgemeinen und Alkohol- und Drogenmissbrauch im Besonderen, die zu Krankheiten führen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedrohen, und dabei die geschlechtsspezifische Dimension zu berücksichtigen;
37. die Beachtung von Themen in den Bereichen Gesundheit und soziales Wohlergehen in anderen wichtigen politischen Bereichen zu fördern, was dem Ansatz der Förderung der Gesundheit in allen politischen Bereichen entspricht;

im Hinblick auf grünes Wachstum und Energieeffizienz in der Ostseeregion

38. Politiken zu verabschieden und Maßnahmen zu ergreifen, um aus der Ostseeregion eine Ökoregion zu machen, in der Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit ökologischer Integrität und sozialer Gerechtigkeit geht, indem ökologische Innovationen, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion sowie nachhaltige städtische und ländliche Entwicklungsstrategien gefördert werden;
39. Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung im Bereich grüner Technologien und Energieeffizienz zu fördern; dies beinhaltet unter anderem die Untersuchung der Möglichkeit zur Entwicklung erneuerbarer Energien in der Region, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher und sonstiger Anreize für kleine und mittelständische Unternehmen zur Förderung des Kapazitätsaufbaus für eine nachhaltige Produktion und die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility, CSR*);
40. einen integrierten Ansatz zur Verbesserung der Energieeffizienz in Haushalten, Behörden, Industrieunternehmen und im Verkehr zu fördern, beispielsweise durch die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen und physischer Planungsanforderungen, die Investitionen für Energie einsparende Geräte und Methoden und die Hinwendung zu diesen Geräten und Methoden unterstützen, sowie durch den Aufbau von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, um mehr Investitionen in grüne Technologien für die Zukunft der Region zu fördern;
41. Anreize und Möglichkeiten für umweltgerechte öffentliche Beschaffungen und Verfahren für Behörden auf allen Ebenen zu schaffen, beispielsweise durch Einführung des Nachhaltigkeitskriteriums in Ausschreibungen und Beschaffungsverfahren;
42. die Arbeit des Forums "Energiepolitische Zusammenarbeit im Ostseeraum" (*Baltic Sea Region Energy Co-operation, BASREC*) und die Schlussfolgerungen der bevorstehenden Konferenz der Energieminister im Frühjahr 2012 in Berlin zur Kenntnis zu nehmen;

43. Aufklärungskampagnen und Aktivitäten durchzuführen, um die Menschen für grünes Wachstum und Energieeffizienz und deren wirtschaftliche und ökologische Vorteile für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren und dabei den Schwerpunkt auf die Hervorhebung praktischer Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu legen;

44. die Aktivitäten von "Baltic 21" weiterhin zu unterstützen und ein auf vier Jahre angelegtes Projekt "Green Growth for a Bluer Baltic Sea" ("Grünes Wachstum für eine blauere Ostsee") ins Leben zu rufen, um gemeinsame Prioritäten beispielsweise in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Tourismus festzulegen, Strategien für die schnellere Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu entwickeln und für den Austausch von Informationen über bestmögliche Verfahren unter den Akteuren und Interessensgruppen zu sorgen;

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

45. zur Bekämpfung des Menschenhandels Netzwerke von Parlamentariern zu etablieren, um ein anhaltendes Engagement sicherzustellen und das Problem deutlich sichtbar zu machen, die Fortschritte bei den verschiedenen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels kontinuierlich zu überwachen und im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative weiter auszubauen; im Rahmen dieser Bemühungen sollten diese Netzwerke auf Handbücher und Richtlinien zurückgreifen, die beispielsweise von folgenden Institutionen herausgegeben werden: Vereinte Nationen (VN), Interparlamentarische Union (IPU), Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE), Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und andere;

46. der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Gesundheit und Soziales (NDPHS) Beobachterstatus zu gewähren;

47. die Umgestaltung und Nachbetreuung des Netzwerks für zukunftsfähige Arbeitsmärkte im Ostseeraum (*Baltic Sea Labour Network*, BSLN) zu unterstützen und dabei ein ständiges Forum für den sozialen Dialog in der Ostseeregion einzurichten, um die Unterstützung der Öffentlichkeit im Bereich der Arbeitnehmerrechte zu sichern;

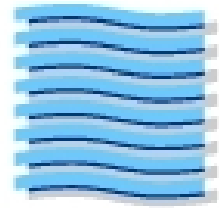
48. eine Arbeitsgruppe für grünes Wachstum und Energieeffizienz einzusetzen, die im Rahmen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht vorlegen soll;

49. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2011-2012 anzunehmen;

50. die überarbeitete Geschäftsordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz anzunehmen, die nach Abschluss der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

51. mit Dankbarkeit das freundliche Angebot des Föderationsrates der Bundesversammlung der Russischen Föderation zur Ausrichtung der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 im Mariinski-Palast, dem Sitz des Parlaments von St. Petersburg, anzunehmen.

Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Republik Karelien, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament, der Nordische Rat und die Parlamentarische Versammlung des Europ



Conference Resolution

Adopted by the 20th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States*, assembling in Helsinki, Finland, 28 - 30 August 2011,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Integrated Maritime Policy, Civil Safety and Security, and Green Growth and Energy Efficiency,

- A. reconfirming their commitment to act persistently for a positive and pluralistic political, social and economic development of the Baltic Sea Region, rooted in environmental concerns and sustainability, by listening to and giving voice to the grassroots of their constituencies, by driving political issues in their parliaments and relevant committees, and by exerting political pressure on governments to fulfill the commitments and obligations they have undertaken for the benefit of the Region;
- B. restating the mutual usefulness of close collaboration between BSPC and CBSS, for instance by a growing and continuous exchange between the various working bodies of the organizations, and by pursuing a closer synchronization of political priorities and target issues, thereby strengthening their individual as well as combined capacity to deal successfully with the challenges of the Baltic Sea Region;
- C. commending the comprehensive Declaration of the 16th CBSS Ministerial Session in Oslo 7 June, which, i.a., welcomes the efforts under way in establishing cooperation between Iceland, Norway, Russia and the EU in areas where common objectives could be identified under the EU Strategy for the Baltic Sea Region, and which also expresses appreciation of the work of BSPC within the CBSS priority areas maritime policy and counter-trafficking in human beings;
- D. reiterating their strong support to the HELCOM Baltic Sea Action Plan, and expressing their collective expectation that all HELCOM Governments will implement and successfully fulfill their National Implementation Plans in order to achieve good environmental status of the Baltic Sea by 2021;
- E. maintaining that the EU Strategy for the Baltic Sea Region must be aligned with the Northern Dimension, which brings together EU- and non-EU- countries of the Region on an equal footing, because credible long-term solutions to the challenges of the Region require participation and commitment by all of its central stakeholders;

- F. recognizing that the review of the EU Strategy for the Baltic Sea, which will take place under Polish Presidency of the EU Council, will give an opportunity to obtain better synergy effects between the EU Strategy for the Baltic Sea and the key existing cooperation structures within the Baltic Sea Region;
- G. welcoming the establishment of a parliamentary tier of the Northern Dimension, as embodied in a recurrent Northern Dimension Parliamentary Forum, the latest of which was held in Norway in 2011 and the next to be convened in Russia in 2013;
- H. welcoming also the continuation and resource allocation to concrete projects under the Northern Dimension Environmental Partnership, the operation of the two new partnerships under the Northern Dimension, on Transport and Logistics and on Culture, and appreciating the mutually beneficial exchange between BSPC and the Northern Dimension Partnership in Health and Social Well-being;
- I. acknowledging the work of organizations and activities at sub-regional level – such as the Committee of the Regions (CoR), Baltic Sea States Sub-Regional Cooperation (BSSSC), the Union of Baltic Cities (UBC), and the Parliamentary Forum of the Southern Baltic Sea (PFSBS) – and recognizing their experiences and capacities to identify problems in the Region and implementing concrete measures against them;
- J. welcoming the joint event of the Working Group on Integrated Maritime Policy of the Baltic Sea Parliamentary Conference with the Expert Group on Maritime Policy of the Council of the Baltic Sea States (CBSS) and the Working Group on Maritime Policy of the Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) during the European Maritime Day in Gdańsk on May 20th 2011, and supporting the further coordination and joint activities between these and other institutions and organizations;
- K. emphasizing that citizens should be kept informed and involved in the planning and implementation of strategies and projects that influence the development of the Baltic Sea Region; NGOs play an invaluable role both as opinion-makers and independent experts, and their views, warnings and advice should be taken seriously;
- call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. support the further development and activities of the CBSS by providing long-term resources for its project-based and target-oriented approach in dealing with specific issues of central importance for the Baltic Sea Region, and encourage an ongoing collaboration and convergence of priorities with the BSPC;
2. allocate sufficient resources and speed up the work to develop, monitor and implement the National Implementations Plans under HELCOM Baltic Sea Action Plan, aimed at achieving good ecological status of the Baltic Sea by 2021;
3. work for a continued coordination of the priorities and concrete activities of the EU Strategy for the Baltic Sea Region and the Northern Dimension, thereby promoting that all stakeholders of the Baltic Sea Region can cooperate on an equal footing;
4. fulfill existing and encourage new commitments to the Baltic Sea Action Summit;
5. solicit an overview to bring sharper clarity over the availability of various funding channels and other resources for projects and investments in the Baltic Sea Region, to ensure that they are used efficiently and that access to funds is widened and facilitated for all stakeholders of the Region;

6. provide financial contributions to the BSAP Technical Assistance Fund, jointly managed by NiB and NEFCO with the purpose of granting assistance to projects that support the implementation of the HELCOM BSAP;
7. encourage and support initiatives, events and mechanisms to bring stakeholders of the Baltic Sea Region together to exchange information and coordinate priorities and activities for the purpose of avoiding duplication and boosting their collective impact; the Northern Dimension Parliamentary Forum and the Forum on the EU Strategy for the Baltic Sea Region are commendable examples;
8. promote the development of civil society and support NGOs by financial and administrative resources;
9. promote cooperation on countering proliferation of threats of Weapons of Mass Destruction (WMD) in the Baltic Sea Region;

Regarding Integrated Maritime Policy in the Baltic Sea Region, to

10. revisit the political recommendations concerning Integrated Maritime Policy contained in the 19th BSPC Resolution from 2010;
11. to intensify research and to promote the use of alternative marine fuels such as – for example - Liquefied Natural Gas (LNG) in the Baltic Sea Region and others by supporting innovative emission reduction technologies and by creating incentives for investments in the development of the necessary port infrastructure with a well developed distribution network and uniform industry- and usage standards;
12. against the background of new studies on the implications of the intended reduction of the sulphur content of ship fuels to 0.1 % from the year 2015 in the framework of the international MARPOL convention, take precautions and to start initiatives to prevent a modal backshift in traffic from sea to land;
13. to support incentives for the modification of existing ships, and to work actively within the International Maritime Organization (IMO) for a speedy designation of further sea areas, such as the Mediterranean Sea, as Sulphur Emission Control Areas (SECA), thereby abolishing competitive disadvantages for the Baltic Sea Region;
14. to work for a reduction of administrative obstacles for cross-border maritime traffic;
15. to develop maritime spatial planning as an important instrument for an optimized interaction between the actors in the various maritime sectors in the interest of a more efficient and sustainable usage of sea waters and coastal regions, and to create national, compatible spatial planning concepts, thereby promoting a stronger cross-border cooperation between the Baltic Sea countries;
16. to support a sustainable port development by the development of environmental port services, for instance by building sewage recipient facilities in all important ports in the Baltic Sea by 2015 at the latest, in order to reduce environmental pollution for port residents and simultaneously strengthen the competitiveness of the ports;

17. to further implement an integrated maritime policy with regard to its economic and ecological significance for the entire Baltic Sea Area, particularly by

- developing and promoting integrated maritime lead projects for the entire Baltic Sea Area (e.g. Clean Baltic Shipping, Galileo Research Port Rostock, SUCBAS – Sea Surveillance Co-operation Baltic Sea) also in the areas of “green, safe transport and a clean environment” for the strengthening of environmentally friendly goods traffic and the port cooperation in the whole Baltic Sea Area in order to further promote the maritime policy in the consciousness on the European level,
- promoting and facilitating the cooperation on all levels of maritime governance and by
- the development of national integrated maritime policies of the member states;

18. to support integrated activities of the Baltic Sea Region in the areas of maritime research, technology and innovation, in order to use the growth potential of new maritime sectors such as energy generation in offshore installations and offshore technologies, the security and surveillance technique as well as maritime environmental technology and to enhance access to future markets; for this purpose, create necessary political and judicial framework and disseminate best practices;

19. to further develop environmentally sustainable cruise tourism as a maritime growth industry against the background of its importance for the whole Baltic Sea Region, for example by attractive inland tourist offers and concepts of common marketing in this field of tourism;

20. to proceed with the development and implementation of measures for safe operation of ships in severe and icy winter conditions;

21. to support projects and activities focusing on safety of navigation, such as a Baltic Sea- wide Ship Reporting System (SRS) and Vessel Traffic Service (VTS), and promoting the development of the Baltic Sea Region as a pilot region for e-navigation;

Regarding Civil Safety and Security in the Baltic Sea Region, to

22. jointly develop trans-boundary scenarios and identify gaps for all natural and man-made hazards and threats of the Baltic Sea Region, in order to identify potential disasters and disruption, to build a comprehensive regional risk register, and to strengthen the combined regional capacity to prevent and manage hazards, by capacity-building, training and exercises;

23. to support the HELCOM ad hoc Expert Group “Munitions” in order to compile all kinds of additional information on dumping activities after World War II and check whether the general conclusions of the “CHEMU-report” are still valid;

24. against lessons learned from the nuclear disaster in Fukushima started in March 2011, to step up regional cooperation for the purpose of elaborating and adopting stringent conditions and regulations for construction, operation and decommissioning of nuclear power plants, as well as for the storage and processing of spent fuel, but also for grasping the opportunity to intensify efforts to promote the development of renewable energy sources, energy efficiency and green technologies;

Regarding Trafficking in Human Beings, to

25. revisit the political recommendations concerning Trafficking contained in the 19th BSPC Resolution from 2010;
26. initiate and support extended analyses of the economic aspects of trafficking in human beings, promote coordination between relevant authorities and institutions to detect money flows stemming from trafficking in human beings (THB), enhance the capabilities and cooperation of police, tax authorities and other relevant institutions to track money emanating from THB and strengthen the legal and administrative means to confiscate proceeds from, as well as imposing stern fines on, those engaged in THB;
27. promote efforts to gain more extensive knowledge of the nature and scope of trafficking in human beings for forced labour, taking into account the gender dimension; initiate and support the development of joint strategies in cooperation with trade unions and employer's organizations and relevant authorities; strengthen legislative and operational means of identifying and combating trafficking in human beings for forced labour; and conduct public information campaigns about trafficking in human beings for forced labour;
28. address the special problems of trafficked children in legislation and in administrative guidelines, employing a multi-disciplinary approach and multi-sectoral coordination with the child's best interest as an overarching priority; this includes e.g. that a child should not be detained as a matter of principle, a formal policy of non-punishment, and a guaranteed provision of shelters with suitable facilities tailored to the needs of the children, including professional personnel trained in building trust with children in order to prevent their disappearances from the shelters;
29. investigate, e.g. by requests to responsible authorities, the efficiency and relevance of existing legislation and legal measures against trafficking in human beings, and develop and adapt, where appropriate, legislation to adequately respond to current and developing forms of trafficking in human beings and strengthen coordination between various sectors of the political and judicial system;
30. make efforts to raise awareness of trafficking in human beings, e.g. by supporting and conducting public information campaigns and outreach activities, such as the "Safe Trip" campaign by CBSS (www.safetrip.se) as well as similar initiatives by e.g. private companies and NGOs, and also support measures to facilitate the reporting to authorities of suspect cases of trafficking in human beings, e.g. by means of hotlines;
31. initiate and support measures to enhance the joint perception and understanding of THB among all actors in the region, thereby advocating a closer cooperation and coordination among them, and furthermore expand exchange and cooperation with international organizations active in the fight against trafficking in human beings, such as UN, IPU, OSCE, Council of Europe, ILO, IOM and others;
32. present continuous evaluation and reporting of the progress and results in the fight against trafficking in human beings, based on jointly developed and agreed success criteria on factors such as e.g. the number of convictions, safe returns of victims, and the like; they should also monitor that programmes and strategies are continuously updated and adapted to new and changing forms of trafficking in human beings;
33. promote the development of favourable working conditions for those active in the fight against trafficking in human beings, for the purpose of reducing the drainage of experienced personnel and enabling continuity of work and accumulation of competencies;

34. promote actions to strengthen the capacity to identify and incriminate the middlemen in trafficking in human beings, meaning persons indirectly profiting from trafficking in human beings by e.g. facilitating contacts between potential buyers and traffickers and/or trafficked persons, e.g. in the taxi, hotel or ferry industries;

Regarding Health and Social Well-being in the Baltic Sea Region, to

35. allocate sufficient and long-term resources for joint regional activities and endeavours to improve health and social well-being, recognizing the crucial role of The Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being (NDPHS) in regional work in this area and the necessity to maintain support to its project facilitation and promotion activities, aimed at helping the Baltic Sea Region make progress towards the achievement of objectives of relevant global and European strategies and policies;

36. take concerted action to complement national responses to public health problems, taking into account the gender dimension, caused by avoidable unhealthy lifestyles in general and the harmful use of alcohol and substance abuse in particular, leading into non-communicable diseases, and threatening social cohesion and socio-economic development;

37. encourage consideration of health and social well-being issues in other relevant policy areas, consistent with the health in all policies approach;

Regarding Green Growth and Energy Efficiency in the Baltic Sea Region, to

38. adopt policies and undertake measures to turn the Baltic Sea Region into an Eco-Region, in which economic growth goes hand in hand with environmental integrity and social justice, by promoting eco-innovations, sustainable consumption and production and waste treatment, and sustainable urban and rural development strategies;

39. facilitate research, innovation and business development in green technologies and energy efficiency, including research of the potential to develop renewable energy sources in the Region, for instance by providing legal and other incentives to SMEs in order to encourage capacity-building for sustainable production and Corporate Social Responsibility (CSR);

40. promote an integrated approach to improving energy efficiency in households, public authorities, industry and transport, for instance by putting in place legal conditions and physical planning requirements that encourage investments in and conversion to energy-saving devices and methods, as well as building public-private partnerships to encourage more green-tech investments in the future of the Region;

41. provide incentives and conditions for green public procurement and practices among public authorities at all levels, for instance by introducing sustainability as a criterion in tendering and purchasing procedures;

42. take note of the work of the Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC) and the conclusions of its upcoming meeting of Ministers of Energy in Berlin in spring 2012;

43. launch information campaigns and activities to raise awareness of green growth and energy efficiency and its individual as well as collective economic and ecological benefits with a focus on demonstrating available practical solutions for increasing energy efficiency;

44. provide continued support to the activities of Baltic 21, and to establish a four-year project on "Green Growth for a Bluer Baltic Sea" in order to define common priority areas within e.g. energy, water, transport and tourism, to develop strategies for enhancing the development and use of renewable energies and increasing energy efficiency, and to provide for an exchange of best practices among actors and stakeholders;

Furthermore the Conference Decides to

45. urge the BSPC members to establish networks of parliamentarians on the fight against trafficking in human beings, in order to secure continuity of commitment and visibility of the issue, to continuously monitor progress of various activities in the fight against trafficking in human beings, and to develop the relations between the executive and legislative powers concerning the fight against trafficking in human beings; in this endeavour, the networks should make use of handbooks and guidelines produced by e.g. UN, IPU, PACE, ILO, and others;

46. grant Observer status to the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being;

47. support the transformation and follow-up of the Baltic Sea Labour Network (BSLN), by establishing a permanent Forum for Social Dialogue in the Baltic Sea Region in order to secure public support in the field of labour rights;

48. establish a Working Group on Green Growth and Energy Efficiency, to submit a report at the 21st BSPC;

49. adopt the BSPC Work Programme for 2011-2012;

50. adopt the revised BSPC Rules of Procedure, to take effect after the closure of the 20th BSPC;

51. welcome with gratitude the kind offer of the Federal Assembly of Russia to host the 21st Baltic Sea Parliamentary Conference in the Mariinsky Palace, the Legislative Assembly of St Petersburg, on 26 – 28 August 2012.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Republic of Karelia, Latvia, Leningrad, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council, Parliamentary Assembly of the Council of Europe.

Approved by the 20th BSPC on 30 August 2011



Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

Rules of Procedure¹

Contents

- 1. Objectives
- 2. Participants
- 3. Decision-making
- 4. Chairmanship
- 5. Annual Conference
- 6. Standing Committee
- 7. Drafting Committee
- 8. Other BSPC Bodies
- 9. Observers
- 10. Secretariat
- 11. Joint Financing Mechanism
- Annex 1. BSPC Members
- Annex 2. Observers
- Annex 3 Joint Financing Mechanism

1. Objectives

1.1 The Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) was established in 1991 as a forum for political dialogue between parliamentarians from the Baltic Sea Region. The mission of BSPC is to raise awareness and opinion on issues of current political interest and relevance for the Baltic Sea Region; to promote and drive various initiatives and efforts to support a sustainable environmental, social and economic development of the Baltic Sea Region; and to enhance the visibility of the Baltic Sea Region and its issues in a wider European context.

1.2 BSPC shall initiate and guide political activities in the region; support and strengthen democratic institutions in the participating states; improve dialogue between governments, parliaments and civil society; strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality; and initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority.

¹ First adopted by the 8th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) on 8th September 1999 in Mariehamn; amended by the 11th BSPC in St Petersburg on 1st October 2002; amended by the 14th BSPC in Vilnius on 30th August 2005; amended by the 16th BSPC in Berlin on 28 August 2007; amended by the 18th BSPC in Nyborg on 1 September 2009; amended by the 19th BSPC in Mariehamn on 31 August 2010; revised and adopted by the 20th BSPC in Helsinki 30 August 2011.

1.3 BSPC may consider any matter of specific interest and relevance for the Baltic Sea Region, and may, if needed, give its opinion on such issues.

2. Participants

2.1 The Baltic Sea Parliamentary Conference shall be composed of members of the 11 national parliaments, 11 regional parliaments and 5 parliamentary organizations around the Baltic Sea. A list of eligible member parliaments and parliamentary organization is attached in Annex 1.

2.2 Other institutions or organizations can be granted observer status to the BSPC. A list of observers is attached in Annex 2. Guidelines for Observers are detailed in section 9 below.

3. Decision-Making

3.1 Decision-making in the BSPC bodies is made by consensus among the members present in a given meeting or in the Conference. Abstentions do not disrupt consensus.

3.2 In matters pertaining to economic and financial issues of the BSPC, decision-making rights include only those member parliaments which pay financial contributions to the BSPC Joint Financing Mechanism.

4. Chairmanship

4.1 The BSPC is headed by a chairmanship, consisting of a Chairperson and a Vice Chairperson. The mandate of the chairmanship runs from the closure of the annual Conference until the closure of the following Conference.

4.2 The Chairperson is, as a rule, proposed by the parliament hosting the upcoming Conference.

4.3 The Chairperson and Vice Chairperson for the upcoming Conference are appointed by the Standing Committee at its meeting in connection with the annual Conference.

5. Annual Conference

5.1 Conferences shall be held annually.

5.2 The venue follows the principle of rotation. All national and regional member parliaments can offer to host the Conference.

5.3 Parliamentary delegations may consist of up to 5 delegates or their substitutes from each member parliament and parliamentary organization. Where appropriate, the size of delegation as well as the kind and number of additional participants should be decided by the Standing Committee in consultation with the Host Parliament.

5.4 The Host Parliament issues invitations to the conference. In cooperation with the BSPC Secretariat, the host is responsible for practical arrangements, necessary documentation, press coverage and the conference report.

5.5 The Host Parliament and the BSPC Secretariat agree on a cost-sharing formula for expenditures for practical arrangements in connection with the conference (premises, interpretation, travel costs for external experts, documentation, catering, etc). All participants cover their own costs for taking part in the conference.

5.6 The programme, agenda and chairing procedures of the conference are elaborated in consultation between the Standing Committee and the Host Parliament.

5.7 The working language of the conference is English. Interpretation shall be provided to Russian, Scandinavian, German and, if possible, into other languages as well.

5.8 After introductory statements and presentations in the part-sessions, the floor is opened for debate. Only parliamentarians and speakers who are listed in the programme are entitled to take the floor. At the discretion of the chairperson of the part-session, other participant may be allowed to take the floor.

5.9 Decisions and adoptions in plenary session are made by consensus. Abstentions do not disrupt the consensus. Dissenting views may be explained at the Plenary Session.

5.10 The Conference Resolution is prepared and adopted in accordance with the procedures detailed in section 7 below. The adopted Resolution shall be submitted to the governments of the Baltic Sea region, the CBSS and the EU, and disseminated to other relevant national, regional and local stakeholders in the Baltic Sea region and its neighbourhood.

6. Standing Committee

6.1 The BSPC Standing Committee is the highest decision-making body of the BSPC between the annual Conferences. The Standing Committee considers and decides on strategic issues concerning the mission, political priorities, working modes, finances and administration of the BSPC.

6.2 The Standing Committee consists of parliamentarians from all national parliaments, regional parliaments and parliamentary organizations throughout the Baltic Sea Region (see Annex 1). Each member parliament and organization appoints its member(s) in accordance with its own rules.

6.3 The Chairperson and Vice Chairperson of the BSPC are also Chairperson and Vice Chairperson of the Standing Committee.

6.4 The Standing Committee has the overall responsibility for administering the structures and functions of the BSPC, including, but not limited to,

- preparing the annual Conference in consultation with the Host Parliament;
- preparing the Conference Resolution;
- following up on the implementation of the Conference Resolutions;
- drafting an annual Work Programme for the BSPC;
- submitting an annual report to the Conference on the activities of the BSPC and on the annual work programme;
- preparing and approving an annual budget for the BSPC Joint Financing Mechanism, as well as following-up of the financial results;
- maintaining contacts and interaction with other relevant institutions and organizations in the Baltic Sea Region and its neighbourhood.

6.5 The Standing Committee convenes at least four times per year (beginning of the year, spring/summer, in connection with the Conference, and in fall). The first meeting of the year should include a report from the CBSS and could also include presentations on the status of relevant EU strategies and policies, as well as the Northern Dimension.

6.6 The Standing Committee is entrusted, where appropriate, to set up ad hoc working groups or other temporary bodies, to nominate Rapporteurs on specific issues, and to call on external experts for information.

6.7 The Standing Committee serves as Drafting Committee during the annual Conference (see section 7 below).

6.8 The working language of the Standing Committee is English, with interpretation to Russian.

7. Drafting Committee

7.1 The political recommendations of the annual Parliamentary Conferences are expressed in a Conference Resolution adopted by consensus by the Conference. The recommendations shall refer only to the topics of the Conference.

7.2 A draft version of the resolution drawn up by the Standing Committee forms the basis of the Drafting Committee's deliberations. A draft baseline resolution shall be forwarded to the delegations no later than six weeks prior to the annual conference. Motions for amendments to the draft resolution should be submitted to the Secretariat no later than one week before the first meeting of the Drafting Committee.

7.3 The Standing Committee serves as Drafting Committee during the annual Conference. A deputy is admissible only in case the appointed member is prevented from attending. The deputy must be a parliamentarian. One staff person per delegation is admitted to assist the member of the Drafting Committee in the proceedings.

7.4 The working language of the Drafting Committee is English, with interpretation to Russian.

7.5 The BSPC Secretariat is responsible for the editorial revision of the final version of the adopted resolution.

8. Other BSPC Bodies

8.1 The Standing Committee can, where appropriate, set up ad hoc bodies and functions, such as Working Groups, Observers and Rapporteurs on specific issues.

8.2 Ad hoc bodies should, as a rule, be temporary and targeted on specific issues.

9. Observers to BSPC

9.1 The Baltic Sea Parliamentary Conference welcomes a widened interest in its work and in contributing to the pursuit of its objectives.

9.2 Parliaments and parliamentary organizations in the area adjacent to the Baltic Sea Region, as well as other organizations engaged or interested in the issues of the Baltic Sea Region, are invited to apply for Observer status in the BSPC.

9.3 Observers must adhere to the mission, objectives and principles of the BSPC, as stated in the BSPC Rules of Procedure and other basic documents;

9.4 The annual Conference of the BSPC decides by consensus on the granting of Observer status to an applicant. A list of Observers to the BSPC Annual Conference is attached in Annex 2.

9.5 Observers are automatically invited to the annual Baltic Sea Parliamentary Conference. They are subject to the general Conference rules. Parliamentarians belonging to the Observers have the right to speak at the Conference.

9.6 Observers may, subject to a decision by the BSPC Chairperson or the Chairperson of a BSPC Working Group, be invited to attend the activities of other BSPC bodies than the Conference. Observers are not entitled to take part in the decision-making procedures in any of the BSPC bodies.

9.7 Observers are encouraged to take an active interest in the issues of the BSPC and to contribute to the dissemination of BSPC resolutions and other statements and opinions.

9.8 The Standing Committee of the BSPC has the right to review and, if deemed appropriate, annul the Observer status of a body.

10. Secretariat

10.1 The BSPC Secretariat is responsible for preparations and follow-up of activities in the various BSPC bodies, for the overall coordination of BSPC activities, for administrative and organizational support, for providing investigative resources, and for administering the BSPC Joint Financing Mechanism

10.2 The BSPC Secretary Level consists of officials from the BSPC member parliaments. It supports the Secretariat in preparing and following-up the work of the Standing Committee, and in overseeing the preparations of the annual Conferences.

10.3 The remuneration of the BSPC Secretary and the operating costs of the Secretariat are financed jointly by all national and regional parliaments of the BSPC.

11. Joint Financing Mechanism

11.1 The national and regional member parliaments of the BSPC jointly contribute to the BSPC Joint Financing Mechanism (JFM). The relative cost shares of the BSPC members are listed in Annex3.

11.2 The joint financial resources for the BSPC Secretariat should be allocated to, but not limited to,

- Remuneration of the BSPC Secretary;
- travelling expenses for the Secretariat to Standing Committee meetings, Secretary Level meetings and other relevant internal and external meetings and conferences;
- compilation and printing of the BSPC Conference Report, as well as other joint documents from the BSPC bodies;
- interpretation and meeting costs for meetings in various BSPC bodies, including the annual Conference;
- information activities and maintenance of the website (www.bspc.net).

11.3 The Standing Committee decides, in its fall meeting, on the nominal sum of the contributions to the Joint Financing Mechanism in the following year.

11.4 The Secretariat is responsible for providing continuous information about the status of the JFM, and to submit an Annual Financial Report of the JFM to the Standing Committee at its first meeting of the year.

11.5 If additional resources are needed for organizing events, the Standing Committee, after receiving an application from the BSPC Secretary, shall decide on the possibility of granting additional funding

11.6 The Standing Committee shall decide on the BSPC budget reserve fund and its use;

11.7 A bank account specifically intended for the joint financial contributions is opened in the Nordea Bank Denmark. The technical modalities for transferring contributions are forwarded annually to the members of the BSPC

11.8 An audit of the usage of the account is made annually by the Danish *Rigsrevisionen* (the Danish National Audit Office).

¶¶¶

ANNEX 1

BSPC Member Parliaments and Parliamentary Organizations

Member	Rep's
Federal Assembly of the Russian Federation	2
Parliament of Denmark	1
Parliament of Estonia	1
Parliament of Finland	1
Parliament of the Federal Republic of Germany	1
Parliament of Iceland	1
Parliament of Latvia	1
Parliament of Lithuania	1
Parliament of Norway	1
Parliament of Poland	1
Parliament of Sweden	1
Parliament of Åland	1
Parliament of Free and Hanse City of Bremen	1
Parliament of Faeroe Islands	1
Parliament of Greenland	1
Parliament of Free and Hanse City of Hamburg	1
Parliament of Kaliningrad Region	1
Parliament of the Karelian Republic	1
Parliament of the Leningrad Region	1
Parliament of Mecklenburg-Vorpommern	1
Parliament of Schleswig-Holstein	1
Parliament of the City of St Petersburg	1
Baltic Assembly	1
European Parliament	1
Nordic Council	2
Parliamentary Assembly of the Council of Europe	1
PA of the Organization for Security and Co-operation in Europe	1

ANNEX 2

(Status as per 31 August 2011)

Observers to the BSPC Annual Conference

1. Adrian-Ionian Initiative (AII)
2. Standing Committee of Parliamentarians of the Arctic Region (SCPAR)
3. Baltic Council of Ministers
4. Baltic Development Forum (BDF)
5. Baltic Sea Commission/CPMR
6. Baltic Sea Forum – Pro Baltica
7. Baltic Sea Region University Network (BSRUN)
8. Baltic Sea States Sub-Regional Co-operation (BS SSC)
9. Baltic Sea Youth Forum
10. Inter-Parliamentary Assembly of the Commonwealth of Independent States (CIS-IPA)
11. Council of Baltic Sea States (CBSS)
12. Conference of Community and European Affairs Committees of Parliaments of the European Union (COSAC) Secretariat
13. European Commission
14. FUEN (Federal Union of European nationalities)
15. Helsinki Commission (HELCOM)
16. Inter-Parliamentary Union (IPU)
17. NGO Forum
18. Nordic Council of Ministers
19. Parliamentary Association of North-West Russia (PANWR)
20. Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Co-operation (PABSEC)
21. Baltic Sea Trade Union Network (BASTUN)
22. Union of the Baltic Cities (UBC)
23. Nordic Investment Bank (NiB)
24. Nordic Environment Finance Corporation (NEFCO)
25. Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being (NDPHS)

ANNEX 3**Joint Financing Mechanism of the BSPC Secretariat****Relative Shares of Contributions to the JFM**

The relative cost shares of the contributions of the BSPC members to the JFM are listed below:

Member Parliament	Share %
Denmark	9.3
Finland	9.3
Germany	9.3
Norway	9.3
Poland	9.3
Russia	9.3
Sweden	9.3
Estonia	3.2
Iceland	3.2
Latvia	3.2
Lithuania	3.2
Bremen	2.0
Faroe Island	2.0
Greenland	2.0
Hamburg	2.0
Kaliningrad	2.0
Karelia	2.0
Leningrad	2.0
Mecklenburg-Vorpommern	2.0
St Petersburg	2.0
Schleswig-Holstein	2.0
Åland	2.0
Total	100.0

Approved by the BSPC Enlarged Standing Committee 28 January 2010

Observers to the BSPC Annual Conference - Guidelines

Guidelines

1. The Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) welcomes a widened interest in its work and in contributing to the pursuit of its objectives;
2. Parliaments and parliamentary organizations in the area adjacent to the Baltic Sea Region, as well as other organizations engaged or interested in the issues of the Baltic Sea Region, are invited to apply for Observer status in the BSPC;
3. The annual Conference of the BSPC decides by unanimity on the granting of Observer status to an applicant. A list of Observers to the BSPC Annual Conference is found in Annex 2 of the BSPC Rules of Procedure;
4. Observers must adhere to the mission, objectives and principles of the BSPC, as stated in the BSPC Rules of Procedure and other basic documents;
5. Observers are automatically invited to the annual Baltic Sea Parliamentary Conference. They are subject to the general Conference rules. Parliamentarians belonging to the Observers have the right to speak at the Conference. Observers are not entitled to take part in the deliberations of the BSPC bodies during the Conference or in its decision-making procedures;
6. Observers may be invited to attend the activities of other BSPC bodies, such as e.g. the BSPC Working Groups;
7. Observers are encouraged to take an active interest in the issues of the BSPC and to contribute to the dissemination of BSPC resolutions and other statements and opinions;
8. The Enlarged Standing Committee of the BSPC has the right to review and, if deemed appropriate, annul the Observer status of a body.